



Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

19. Sitzung (öffentlich)

16. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 18:08 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])** **7**

- 2 Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen stellt sich vor** **13**
– Gespräch mit dem Vorstand (Präsentation s. Anlage 2)

- 3 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes zum nachhaltigen Schutz der Grundwasserressource für das Gewinnungsgebiet des Wasserwerkes Dahlinghausen** **23**

Vorlage 18/1362

Drucksache 18/4864

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung – Vorlage 18/1362 – zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

4 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update 24

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

In Verbindung mit:

Wolfsland NRW: Weidetierhalter brauchen noch immer finanzielle Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4580

– Wortbeiträge

5 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globale Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen 25

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, am 18.09.2023 um 13:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

6 Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW 26

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4581

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, am 22.11.2023 von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

7 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen **27**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

In Verbindung mit:

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– abschließende Beratung und Abstimmungen

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/5445 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/3287 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

8 Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen **33**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4568

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt, sich an der für den 08.09.2023 geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Bericht der Landesregierung zum zweiten Jahrestag der Flutkatastrophe (Bericht auf Wunsch der Landesregierung) **34**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1376
Vorlage 18/1384

– Wortbeiträge

10 Folgen des Hochwassers an der Emscher vom 22./23.06.2021 **39**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1367 – Neudruck
Vorlage 18/1468

– keine Wortbeiträge

Die Beratung wird verschoben.

11 Biologische Stationen NRW: Wann kommt die finanzielle Förderung endlich an? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3]) **40**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1447

– Wortbeiträge

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

12 Einführung einer Rohstoffabgabe (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*) **43**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1448

– Wortbeiträge

13 Förderprogramm für Tierheime: Warum werden die Mittel so schlecht abgerufen? (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5]*) **44**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1471

– Wortbeiträge

14 Wann ist die geplante Reform der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung abgeschlossen? (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6]*) **49**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1483

– Wortbeiträge

15 Schließung des Düsseldorfer Großmarktes – wie will Landesregierung die weitere Vermarktung von Regionalprodukten sichern? (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7]*) **51**

Bericht
Landesregierung
Vorlage 18/1449

– Wortbeiträge

16 Verschiedenes **55**

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Mit Schreiben vom 14. August hat die Fraktion der SPD einen Antrag auf eine Aktuelle Viertelstunde eingereicht zum Thema „Finanzielle Sorgen um die Internationale Gartenschau 2027: Was unternimmt die Landesregierung?“ Der Antrag ist form- und fristgerecht gemäß § 60 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen eingegangen. Als Vorsitzende habe ich die Aktuelle Viertelstunde für diese Sitzung zugelassen. Gemäß § 60 Abs. 4 unserer GO entscheidet die bzw. der Vorsitzende über die Aufteilung der Redezeiten. Hierbei hat sich die Vorsitzende an den Grundsätzen für die Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung zu orientieren.

Wir haben uns vorhin in der Obleuterunde geeinigt, dass die antragstellende Fraktion 4 Minuten hat, alle anderen Fraktionen 3 Minuten und die Landesregierung bekommt 5 Minuten. Damit kommen wir ein bisschen über die Viertelstunde. Aber ich glaube, die Aktualität dieses Themas ist dem gerecht.

Damit würde ich anfangen und bitte Frau Ministerin Gorißen um ihren Wortbeitrag zu diesem Thema.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zu Ihrem Antrag bezüglich der Aktuellen Viertelstunde möchte ich Ihnen folgende Informationen geben. Ich zitiere erst einmal aus meinem Schreiben, das ich Ende Mai im Namen der Landesregierung an die Geschäftsführung der IGA 2027 und auch an diverse Oberbürgermeisterinnen und -meister im Ruhrgebiet geschickt habe. Da heißt es:

„Die Landesregierung freut sich gemeinsam mit der Metropole Ruhr auf die Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr 2027. Gerne werden wir Sie weiterhin bei der Vorbereitung dieses herausragenden Ereignisses unterstützen.“

Dem ist nichts mehr groß hinzuzufügen. Deshalb verstehe ich die Aufregung, ehrlich gesagt, überhaupt nicht. Ich kenne auch entgegen Ihren Wahrnehmungen keinen der Beteiligten an der IGA, der an ein Aus für die IGA denkt. Das ist reine Panikmache. Klar ist: Die Auswirkungen von Inflation und Baukostensteigerungen machen natürlich auch vor der IGA 2027 nicht halt. Dass man darauf reagieren muss, das ist absolut verständlich. Die Sorgen der Städte sind teilweise auch nachvollziehbar. Aber Kostensteigerungen machen auch vor dem Landeshaushalt nicht halt. So wird man nicht jeden finanziellen Wunsch nach weiteren Hilfen erfüllen können.

Da wird man also differenzieren müssen, und genau das tun wir auch. Für das Publikum der IGA werden vor allem die drei eintrittspflichtigen Zukunftsgärten in Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund besondere Anziehungspunkte sein. Der Besuch dieser Gärten muss sich für die Besucherinnen und Besucher lohnen, damit es auch eine erfolgreiche Gartenschau wird. Und genau hierfür hat mein Haus umfangreiche Fördermittel bereit-

gestellt. Mit Blick auf diese Gärten zitiere ich nochmals auch aus meinem Schreiben an die IGA von Ende Mai:

„In Anbetracht der bereits erfolgten und noch zu erwartenden Baukostensteigerungen habe ich auch wegen des sehr langen Planungszeitraums für dieses Anliegen durchaus Verständnis. Ob im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2024 eine maßvolle Erhöhung der Festbetragsfinanzierung für die Zukunftsstandorte möglich sein wird, bleibt dem Haushaltsverfahren vorbehalten.“

Meine Damen und Herren, wenn Sie einen Blick in den Haushaltsentwurf 2024 werfen, werden Sie feststellen, dass wir sehr wohl zu weiteren Hilfen für die IGA bereit sind – ich betone –, auch in einer für das Land finanziell sehr schwierigen Lage.

Im Ergebnis erhält die IGA eine bei Gartenschauen noch nie da gewesene finanzielle Unterstützung. Allein von Seiten meines Hauses werden am Ende voraussichtlich etwa 37 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Das ist mehr als das Sechsfache, was es für eine Landesgartenschau gibt. Und für jeden der drei Zukunftsgärten gibt es ungefähr das Doppelte, was eine normale Landesgartenschau erhält. Bei allem Verständnis für Baukostensteigerungen: Das müsste wohl ausreichen.

Herr Staatssekretär Hovenjürgen hatte in der Presse auch darauf verwiesen – ich zitiere einmal –: Die IGA kann nicht in allen Details so sein, wie es einmal angedacht war, denn das wäre nicht bezahlbar. Da hat der Parlamentarische Staatssekretär, Herr Hovenjürgen, vollkommen recht. Aber das hat an der Stelle mit einer Gefährdung des Erfolgs der IGA nichts zu tun. Die Wunschliste der IGA ist schon ziemlich lang.

ich zitiere die Aussage: „Neben den insgesamt 5 Zukunftsgärten wird es bei der IGA eine weitere Ebene ‚unsere Gärten‘ geben.“ Hier geht es um eine Instandsetzung und Aufwertung schon vorhandener Gärten quer durch das gesamte Ruhrgebiet. Da gab es zu Beginn auch Ideen, in diesem Rahmen mehr als 80 Einzelvorhaben zu fördern. Aber bei allem Verständnis für die Nöte des Ruhrgebiets hätte das den finanziellen Rahmen gesprengt. Und wir müssen natürlich auch an andere Regionen in Nordrhein-Westfalen denken.

Die Wunschliste, die es gab, ist auf unter 40 Projekte verringert worden. In Anbetracht von Inflation und auch Baukostensteigerung wird man hier möglicherweise weitere Abstriche machen müssen. Der Prozess läuft, auch in Abstimmung mit allen beteiligten Kommunen und Bezirksregierungen. Der läuft auch nicht erst gerade ganz aktuell, der läuft schon ziemlich lange, nämlich seit etwa drei Jahren. Das ist dementsprechend gar keine neue Lage. Darauf hat Herr Hovenjürgen hingewiesen, wenn er sagt, dass nicht alles bezahlbar sein wird, was ursprünglich einmal angedacht war. – So viel von unserer Seite dazu.

René Schneider (SPD): Frau Ministerin! Zunächst einmal – das muss uns klar sein – ist die IGA keine Blümchenschau alleine. Das haben Sie auch nicht gesagt, aber es wird oftmals so konnotiert. Die IGA, so wie sie von Beginn an geplant war, ist ein Zukunftsprojekt, das zeigen soll und zeigen wird, wie man in Zeiten des Klimawandels

innerhalb einer Stadt, innerhalb von Städten, innerhalb einer Metropole Natur aufstellen kann. Insofern – Sie sagten gerade, Frau Ministerin, Sie verstehen die Aufregung nicht – muss man einfach aufgeregt werden oder wird aufgeregt durch Wortmeldungen von Teilen der Landesregierung, sicherlich nicht aus Ihrem Hause, sicherlich nicht von Ihnen. Wenn wir hier darüber sprechen, geht es sicherlich nicht um drei Leuchtturmprojekte oder die Zukunftsgärten, sondern darum, dass ein Drittel – so vernehme ich das auch aus der Berichterstattung von Ihnen – der 38 Gärten gestrichen werden soll.

Das sind Gärten, bei denen sich Kommunen schon auf den Weg gemacht haben, die um Förderungen gebeten haben, die sich Projekte ausgedacht haben, die im Grunde genommen eine Verknüpfung zwischen diesen drei Zukunftsgärten darstellen sollten. Die sollen nun – ich sage es extra brutal – „weggeholt“ werden, was sie im Übrigen aus der Presse erfahren, weil sich ein Staatssekretär hinstellt und sagt, so könne das alles nicht stattfinden. Das verursacht natürlich Aufregung, nicht zuletzt in den betroffenen Städten, weil es auch einen Vertrauensverlust bedeutet.

In Ihrem Koalitionsvertrag steht drin, dass zur Umsetzung der Internationalen Gartenausstellung Ruhr zusätzliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden, damit das ordentlich wird. Das ist ja auch eine Visitenkarte für uns als Land Nordrhein-Westfalen. Man kann nicht immer nur sagen: Ja, das ist das Ruhrgebiet, das immanenter Teil, wenn nicht sogar das Herz dieses Bundeslandes ist, zumindest, wenn man das Ganze geographisch sieht. Insofern sollte uns viel daran liegen, das nötige Geld auf die Reihe zu kriegen und alle 38 Gärten zu realisieren. Ich frage Sie: Haben Sie Hinweise darauf, welche Kommunen jetzt über das Messer springen, welche Städte davon betroffen sind?

Jetzt sagen Sie, nicht Sie persönlich, aber die Landesregierung, der Zivilgesellschaft, die auch an der Realisierung dieses Projektes mitbeteiligt ist – den Kirchen, Vereinen, all denen, die auch sonst bei einer Landesgartenschau dabei wären, die sich auf den Weg gemacht haben: Das Projekt in eurer Stadt, das wird wohl so nicht stattfinden.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Frau Vorsitzende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind auch etwas überrascht gewesen, ob der „aufgescheuchten“ Fragestellung der SPD. Wie Sie gerade zitiert haben, haben wir uns im Koalitionsvertrag dazu geäußert. Es gibt einen langen Bericht der Landesregierung vom November letzten Jahres, der aufzeigt, wie die Planungen der IGA sind, wie es läuft.

Wir alle erleben im Moment, inwiefern – gerade ist es schon angesprochen worden –, Inflation, Kostensteigerung etc. Schwierigkeiten in allen Ecken und Enden verursachen. Gleichzeitig steigen die Personalkosten. Somit muss man in einem Landeshaushalt, in einer Landesregierung auch gucken, welche Dinge finanziert werden können. Wir haben gesagt, dass die IGA so stattfinden kann, dass Gelder dafür aufgewandt werden, die Gelder sind im Haushalt. Frau Ministerin hat es gerade schon ausgeführt: Es werden viele Mittel bereitgestellt. Wenn es so läuft wie geplant, werden bis weit über 30 Millionen Euro eingestellt. Was sich in den nächsten ein, zwei Jahren noch entwickelt, ist sicherlich abzuwarten, bzw. es ist auch darauf hinzuarbeiten, dass möglichst viele der Projekte, die Sie erwähnt haben, verwirklicht werden können. Ob das

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

so, wie vor 3 oder 4 Jahren mal geplant, verwirklicht werden kann, wird man sehen müssen.

Andererseits können auch viele Punkte, die Sie hier zu Recht angesprochen haben, hinsichtlich Klimaschutz, Biodiversität in Städten usw. über viele verschiedene Maßnahmen in Angriff genommen werden. Eine IGA, eine Internationale Gartenausstellung ist sicherlich ein Element dessen, aber auch viele andere Punkte sind da relevant. Wir haben die Haushaltsberatungen für dieses Jahr noch vor uns. Wir starten jetzt mit der Einbringung der Haushalte in den einzelnen Ressorts. Dann schauen wir mal, was vielleicht auch in anderen Titeln für einzelne Projekte zur Verfügung steht. Dann können wir die Dinge sicherlich noch einmal in Ruhe diskutieren.

Bianca Winkelmann (CDU): Auch wir waren ob dieser Einbringung der Aktuellen Viertelstunde durch die Kollegen der SPD sehr überrascht. Denn wir sehen da im Moment überhaupt keine Notwendigkeit, zumindest in so einem polemischen Ton über das Thema zu sprechen.

Ich bin der Ministerin sehr dankbar, dass sie gerade deutliche Worte gefunden hat und genau beschrieben hat, wie der aktuelle Sachstand ist. Ich würde gerne mit Erlaubnis der Vorsitzenden den schon mehrfach erwähnten Parlamentarischen Staatssekretär Josef Hovenjürgen zitieren, der nämlich gesagt hat:

Die Planungen schreiten voran. Die letzten zweieinhalb Jahre haben aber zu einer erheblichen Teuerung geführt. Nun stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung, eine attraktive IGA zu ermöglichen.

Das hört sich für mich definitiv nicht so an, als wenn die IGA jetzt totgeredet werden würde oder als wenn es tatsächlich gravierende Probleme um das ganze Projekt geben würde. Wir wissen alle, dass es teurer geworden ist. Kollege Kaiser hatte gerade schon darauf hingewiesen. Ich bin ein bisschen enttäuscht von dieser Viertelstunde, weil ich glaube, uns eint doch alle das Ziel, diese IGA zu einem Erfolg fürs Ruhrgebiet zu machen. Sollen das jetzt politische Feldgewinne sein, die Sie damit versuchen?

Ich halte fest: Erstens. Zusagen bleiben bestehen. Das hat die Ministerin gerade auch gesagt.

Zweitens. Uns allen ist es wichtig, dass dieses Projekt erfolgreich umgesetzt wird.

Und drittens. Ich bitte, einfach ein bisschen herunterzufahren, auch in der Wortwahl, und sich hier mit solchen polemischen Anträgen zurückzuhalten.

Ministerin Silke Gorißen (MLV): Im Grunde genommen ist schon alles gesagt. Ich muss ganz klar sagen: Seit drei Jahren sind die Häuser in den unterschiedlichen Konstellationen mit den Verantwortlichen im Gespräch. Es hat auch im vergangenen Jahr ein gemeinsames Schreiben der Ministerinnen Scharrenbach und Heinen-Esser gegeben, in dem klar darauf hingewiesen worden ist: Wir stehen als Häuser immer für Gespräche und für Beratungen zur Verfügung. Aber es muss auch priorisiert werden,

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

und man muss genau schauen, welche Projekte umsetzbar sind, welche nicht und welche schwerpunktmäßig verfolgt werden sollen.

Wir haben die Verantwortlichen, wie gesagt, im Mai mit dem bekannten Schreiben von uns noch einmal in Kenntnis gesetzt. Ich meine, gut wäre auch hier klar hervorzuheben, wie viel Geld vom Land in dieses Projekt fließt. Und da ist das Geld, was aus dem MLV kommt, nur ein Bruchteil. Wir haben auch im Rahmen der Städtebauförderung Gelder, die in die IGA gehen, die hier gar nicht genannt sind. Das, was Sie angesprochen haben, sind auch Dinge, die mit andere Häusern, wie zum Beispiel dem MHKBD, besprochen werden und auch da geklärt worden sind. Da ist von Seiten der Landesregierung immer sehr transparent gearbeitet worden.

Ich habe gerade gesagt, wieviel Mittel teilweise in die wirklich guten, wichtigen und auch schönen Projekte im Ruhrgebiet im Rahmen der IGA im Verhältnis zu einer Landesgartenschau gesteckt werden. Das sollte man nicht kleinreden. Das ist wirklich richtig viel Geld. Ich glaube, da wird auch viel Gutes entstehen, worauf wir uns auch freuen können. Ich finde es sehr wichtig, dass wir von Seiten der Landespolitik sagen: Wir begleiten das sehr positiv, und da wird auch Gutes passieren.

Dass wir alle miteinander im Moment durch Zeiten gehen mit gestiegenen Kosten, das ist auch jedem bekannt. Da haben wir, wie ich es gerade ausgeführt habe, dafür Sorge getragen, möglich zu machen, dass man das in Teilen mit über den bereits fest zugesagten Betrag hinaus auffangen kann. Im Übrigen ist das eine Angelegenheit, die dann auch bei Ihnen als Haushaltsgesetzgeber durch das Verfahren geht.

René Schneider (SPD): Zunächst einmal höre ich ein bisschen durch, dass da noch Luft im Haushalt drin ist und die Bereitschaft bei der Landesregierung besteht, dann doch noch einmal das harte Herz weich zu machen.

Frau Winkelmann, ich sehe da keine Polemik. Wenn Sie jegliche Form von Kritik als Polemik empfinden, dann tut es mir leid. Kritik muss auch erlaubt sein an dieser Stelle. Wenn immer die Rede davon ist, dass so viel vorgenommen werden soll, so viel könnten wir ja gar nicht. Deswegen ist es ja auf 38 zusammengekürzt worden, also nicht bei den drei Leuchttürmen, sondern auf 38 Gartenprojekte. Die werden jetzt noch einmal um ein Drittel gekürzt, so hört man, noch mal 13 weg davon. Wir können das nicht immer mit einer Landesgartenschau vergleichen.

Es geht um eine Internationale Gartenbauausstellung, wie wir sie auch schon einmal hatten: Emscher Park, die, wie ich finde, auch einen gewaltigen Schub gegeben hat. Dieses Mal kann eine IGA nicht nur einen Schub für das Ruhrgebiet bringen, sondern auch für andere Städte und Gemeinden im Nordrhein-Westfalen, weil es da um die Klimafolgenanpassung geht – der Kollege hat es gesagt –, um Biodiversität, um Klimaanpassung, insofern etwas, worin man gut investieren kann.

Und schlussendlich, mein letzter Punkt an der Stelle: So wie das ein Staatssekretär im mit zuständigen Ministerium – das ist leider außerhalb dieses Ausschusses hier kommuniziert worden – mitgeteilt hat, ist auf die Art und Weise nicht in Ordnung, weil das nicht zum Vertrauen bei allen Beteiligten führt, sondern im Gegenteil zu einem großen

Vertrauensverlust und zu der Verunsicherung, weil auch jetzt nicht richtig klar ist, welche 13 Projekte, welches Drittel da quasi „über die Klinge geht“. Das ist wirklich nicht in Ordnung.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Schneider, Sie haben jetzt schon zweimal erwähnt, dass ein großer Teil der Projekte „über die Klinge springen“ würde. Ich finde das sehr hart ausgedrückt, denn die Projektträger haben schon geplant, haben auch Vorbereitungen getroffen, um weiterzumachen. Was konkret daraus folgen wird, wird sich im Laufe des Jahres entscheiden. Das ist auch nicht nur allein Sache der Landesregierung bzw. der sie tragenden Fraktionen, sondern auch der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vor Ort, der SPD-Kolleginnen und -Kollegen vor Ort, die sicherlich auch noch Ideen haben, wie die einzelnen Projekte weitergeführt werden können. Ich denke, da werden Sie sicherlich auch guten Kontakt haben und uns gegebenenfalls mit Informationen unterstützen, um zu gucken, dass die IGA ein Erfolg wird, wie die Kollegin jetzt auch gesagt hat.

Wir wollen ja alle, dass sie ein gutes Projekt wird, dass sie ein Aushängeschild fürs Ruhrgebiet wird und nicht nur ein Projekt der Landesregierung ist. Soweit ich weiß – da können Sie mich aber gerne korrigieren –, sind die 36 Millionen Euro, die Frau Gorißen gerade angesprochen hat, die seitens des Landes in diese IGA bisher investiert werden, insgesamt schon fast die Summe, die die letzte IGA insgesamt gekostet hat. Da muss man auch mal gucken, wo da die Verhältnismäßigkeit liegt.

Bianca Winkelmann (CDU): Ein letzter Satz an die Kollegen der SPD: Stimmen Sie einfach den zukünftigen Haushalten des Landes Nordrhein-Westfalen zu, dann kriegen wir das schon gemeinsam gewuppt!

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Damit danke ich allen, ich danke auch dem Ministerium für die Antworten und den Bericht und schließe diesen Tagesordnungspunkt.

2 Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen stellt sich vor

– Gespräch mit dem Vorstand (*Präsentation s. Anlage 2*)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüße ich nochmals herzlich den Vorstand der Verbraucherzentrale in NRW, Herrn Wolfgang Schuldzinski. Wir haben die gute Tradition, dass Sie ab und zu in den Ausschuss kommen. Deswegen freuen wir uns, dass Sie heute da sind und sogar eine PowerPoint-Präsentation mitgebracht haben. Wir haben 30 Minuten für diesen Tagesordnungspunkt angesetzt. Und er hat eine Präsentation von 10 Minuten mitgebracht (vgl. **Anlage 2**). Danach haben wir 20 Minuten Zeit für die Diskussion. Herr Schuldzinski, Sie haben das Wort.

Wolfgang Schuldzinski (Vorstand der Verbraucherzentrale NRW): Sehr geehrte Frau Dr. Peill! Sehr geehrte Damen und Herren Ausschussmitglieder! Sehr geehrte Frau Ministerin Gorißen! Sehr geehrter Herr Minister Krischer! Herzlichen Dank für die Einladung hier in den Ausschuss. Frau Dr. Peill hat es angesprochen: Wir machen das regelmäßig, dass wir als Verbraucherzentrale, die als Landesorganisation erhebliche Förderung vom Land Nordrhein-Westfalen bekommt und in vielen Fällen die Unterstützung der Abgeordneten genießt, hier darüber berichten, was sich denn so im Land tut, mit welchen Anliegen die Bürgerinnen und Bürger zu uns in die Beratungsstellen kommen. Vielleicht können sich aus der einen oder anderen Geschichte, die ich gleich vortrage, auch eine politische Initiative oder Überlegungen ergeben, obwohl vieles im Verbraucherschutz – das kann ich vorwegschicken – auf Bundes- und EU-Ebene geregelt wird.

Zunächst einmal ein paar Zahlen: Das sind die Zahlen vom ersten Halbjahr 2023. Wir haben rund 190.000 Verbraucheranliegen in den Beratungsstellen gehabt. Das ist eine Steigerung um 5 % gegenüber den Zahlen aus dem letzten Jahr. Sie können sich denken, dass das letzte Jahr schon ein besonders „gutes Jahr“ in der Nachfrage war. Es gab sehr viel Nachfrage, weil durch die Energiepreiskrise die Zahlen bei uns deutlich nach oben gegangen sind. Das ist also weiter so der Fall. Ich komme gleich noch dazu, womit die Menschen kommen. Das Hauptthema ist nach wie vor das Energiethema.

In rund 64.000 dieser Fälle kam es zu Rechtsberatungen und Vertretungen. Das heißt, wir haben die Menschen ganz konkret gegenüber dem Anbieter auch rechtlich vertreten. Auf die anderen Zahlen will ich jetzt gar nicht weiter eingehen. Sie sehen, dass wir auch in der Presse – eigentlich sollten Sie das nicht an diesen Zahlen hier sehen, sondern im Alltag wahrnehmen – gefragt sind und sehr gerne der Rat unserer Expertinnen und Experten genommen wird.

Natürlich sind die Beratungsstellen unsere Herzkammer. Aber die Menschen in Nordrhein-Westfalen informieren sich – so wie wir alle – zunächst einmal online und im Internet, bevor sie irgendwohin gehen, jedenfalls ein großer Teil der Menschen. Das Tolle ist, dass wir die Möglichkeit haben, sowohl online wie auch fußläufig Beratung anzubieten. Denn für viele Menschen ist das Gespräch immer noch die erste Wahl,

aber unsere Online-Zugriffe steigen permanent weiter. Wir haben einen sehr guten Auftritt, der viele Themen abdeckt. Unter anderem finden Sie dort mittlerweile nicht nur Informationen, sondern sehr viel Material, mit denen man sich auch selbst helfen kann. Da gibt es rund 1,3 Millionen Downloads von Musterbriefen, interaktiven Tools und Checklisten. Das ist auch nur das erste Halbjahr. Die Jahreszahlen kann man entsprechend bereits überschlagen.

Ein Beispiel für ein besonders erfolgreiches Tool ist der Fakeshop-Finder. Das habe ich das rausgesucht, weil der ja vor zwei Jahren mit Unterstützung des Landtags entwickelt wurde. Sie haben in den Haushaltberatungen immer die Möglichkeit, eigene Projekte in kleinerem Umfang aufzusetzen. Und damals war die Idee, den Fakeshop-Finder als ein Instrument zu entwickeln, mit dem man das Problem der Fakeshops in den Griff bekommen kann. Da haben wir ein sehr gut nachgefragtes Modul entwickelt. Rund 3.800 Abfragen pro Tag – ich denke, das spricht für sich. Der erkennt – ich finde das tatsächlich beeindruckend – 2.000 neue Fakeshops pro Monat. Das gibt eine kleine Vorstellung davon, was da draußen in dieser Internetwelt los ist, aber auch wofür Menschen tatsächlich hereinkommen.

Ich habe schon gesagt: Unser Herz, das ist natürlich das Netz der Beratungsstellen. Ich weiß, dass Sie das alle kennen. Viele von ihnen oder fast alle haben wir in unseren Beratungsstellen, weil Sie aus einer Region kommen, in der es eine gibt, zu Gast gehabt. Ich weise nur deshalb darauf hin, links in der Ecke ist ein kleiner Pfeil. Da findet an diesem Freitag mit Frau Ministerin Gorißen – wir haben schon am 1. Juli angefangen – die offizielle Eröffnung des Angebots „mobil & digital“ im Kreis Kleve statt. Ich freue mich sehr, weil wir dann nur noch ganz wenige weiße Flecken haben. Natürlich lade ich Sie alle immer in die Beratungsstellen ein.

Rechtsdurchsetzung: Wir beraten nicht nur oder helfen den Menschen, indem wir für sie oder mit ihnen Schriftverkehr erledigen, sondern wir gehen auch direkt und selber als Verbraucherzentrale NRW gegen Anbieter vor. Da gibt es immer verschiedene Themenkomplexe. Im ersten Halbjahr waren es rund 40 verschiedene Verfahren, die wir mit Abmahnungen und Klagen eingeleitet haben. Hier will ich den Blick auf drei Verfahren werfen: Ermittlung von Positivdaten bei Vertragsabschlüssen an Schufa und Co.

Um das kurz zu erklären: Sie wissen Creditreform, Schufa etc. sind wichtig für die Wirtschaft, um zu sehen: Ist der Kunde, mit dem ich einen Vertrag schließen will, vielleicht schwierig, was die Zahlungsfähigkeit angeht? So weit, so gut, da kann man auch noch über manches diskutieren. Was im Moment von Telekommunikationsunternehmen gemacht wird, ist, an Schufa und entsprechende Unternehmen Daten über die vertragstreuen Kunden zu übermitteln. Da geht es um Daten: Wie oft wechselt jemand? Wie lange bleibt jemand dabei? Wenn es in einer Marktwirtschaft doch heißt, wir wollen den mündigen Verbraucher, und dann, wenn sich jemand dafür entscheidet, zwei Jahre bei Vodafone zu bleiben und dann zur Telekom zu gehen, ihm das quasi in der Schufa-Auskunft zum Nachteil ausgelegt wird, dann stimmt etwas nicht.

Wir sind deshalb gegen einige der großen Telefonanbieter vorgegangen und haben im Moment in den ersten Instanzen – das kann sich alles hinziehen – dabei auch Erfolg gehabt, dass so etwas nicht zulässig ist.

Beim Kündigungsbutton auf den Online-Seiten der Anbieter setzen wir etwas um, was die letzte Bundesregierung in einem sehr schönen Gesetzespaket „Gesetz für faire Verbraucherverträge“ auf den Weg gebracht hat, wonach man nicht nur einen Button im Internet haben muss, einen Vertrag abzuschließen, sondern auch genauso leicht rauskommen muss. Da überprüfen wir gerade, wie das bei Anbietern umgesetzt wird. Geschwindigkeit bei Breitbandanschlüssen und Umzug als Themen, das sind Klassiker aus dem TK-Bereich. Aber das deutet auf ein Problem hin, das ich hier noch einmal extra ansprechen möchte.

Wir haben im Moment zunehmend Nachfragen von verunsicherten Bürgerinnen und Bürgern, bei denen mehrere Telekommunikationsunternehmen an der Tür klingeln und ihnen Breitband- und Glasfaseranschlüsse verkaufen wollen. Da herrscht sehr viel Unsicherheit. Das ist ein Thema, über das man an anderer Stelle vielleicht sprechen könnte. Ich weiß, das liegt auch in der Zuständigkeit des MWIKE und in dem entsprechenden Ausschuss. Aber ich glaube, es würde sich lohnen, da mit den Telekommunikationsanbietern, vielleicht auch mit den Kommunen und Kreisen in den Dialog zu treten. Wir alle wollen den Glasfaserausbau. Aber wie es im Moment läuft, ist es unglücklich. Wie gesagt, wir haben da sehr viele Anfragen verunsicherter Menschen, die Vorverträge unterschreiben sollen, auf die Druck ausgeübt wird: Wenn Sie nicht unterschreiben, dann kommt hier kein Glasfaser in die Nachbarschaft usw. Meine Frau berichtete mir gestern noch: Der Vertreter hat gesagt, der Wert unseres Hauses würde um 8 % steigen, wenn wir den Glasfaseranschluss machen. In jedem Fall ist das ein Thema.

Wo ich gerade bei Themen bin – ich hätte es eigentlich schon bei den Verbraucheranliegen kurz ansprechen können. Ein anderes Thema, über das man perspektivisch diskutieren kann, wobei wir im Moment noch keine gesetzgeberische Initiative sehen, ist, dass wir beobachten, dass vermehrt ältere Mitbürgerinnen und Bürger auf den sogenannten Immobilienverzehr angesprochen werden. Vielleicht fällt es Ihnen auf: Das sind Firmen, die schalten Anzeigen auch vor der Tagesschau etc., man soll sein Haus übertragen, könne aber weiter drin wohnen bleiben, würde auch schon Geld bekommen. Das hört sich doch sehr attraktiv an. Alle von uns überprüften Modelle sind eher unseriös einzuordnen. Ich war letzte Woche bei der Verbandstagung der Sparkassen und habe dringend dazu geraten, dass die Sparkassen sich vernünftige Modelle überlegen, wie man mit einer Umkehrhypothek umgeht. Das Anliegen ist vernünftig. Wenn man keine Erben hat, aber Geld braucht, dann kann das eine sinnvolle Maßnahme sein, die Immobilie schon zu verwerten. Aber es muss seriös geschehen.

Bevor ich zu dem großen Komplex „Energie“ komme, komme ich zu den Lebensmittelpreisen. Sie alle wissen, gerade in diesem Ausschuss natürlich, wie sich die Inflation entwickelt hat. Wir haben immer den Blick auf Energie gehabt. Aber die Lebensmittelpreise sind noch mal extra gestiegen. Das bringt uns zu dem Thema, dass die Preisbildung häufig intransparent ist. In die Beratung kommen die Menschen, die fragen:

Wie soll ich das bezahlen? Da ist eine Chance auch für regionale, saisonale Anbieter, wie man die Lebensmittelpreise senken kann.

Energiepreiskrise: Nach wie vor ist das das Hauptthema in den Beratungen. Ich glaube, rund 35 % unserer Beratungen ranken sich rings um dieses Thema. Energiepreis bedeutet: Die Verbraucher kommen zum einen mit Fragen rings um die Entlastungsmaßnahmen, weil manche Stromversorger das nicht korrekt berechnen, nicht reagieren oder das zu langsam machen. Ich hoffe, dass sich diese Sachen regeln lassen. Wenn wir auf falsche Berechnungen hinweisen, klappt das in der Regel. Aber nicht alle Menschen kommen zu uns oder nutzen unseren Berechnungstool.

Hier ist noch ein Überblick, wie sich das über die Jahre entwickelt hat. Sie haben gesehen, im Jahr 2022 stieg das schon deutlich an, dann ging es mal wieder runter. Im Moment beobachten wir wieder eine Zunahme der Anfragen nach Rechtsberatung im Energiebereich. Die Verbraucherzentrale ist auch mit einer großzügigen Förderung des Landes Nordrhein-Westfalens beim Thema „Energiesparen“ und „Energieeffizienz“ unterwegs. Da machen wir eine Vielzahl von Aktionen. Wir haben gerade die landesweite Aktion „Steck die Sonne ein“ gestartet. Da geht es um Stecker-Solargeräte. Da sind wir auch politisch unterwegs. Es sieht so aus, als ob die Bundesregierung jetzt mit einem entsprechenden Paket da auch einige Erleichterungen schafft. Wir beraten dazu online.

Wir machen Informationsveranstaltungen. Wir haben Selbstlern-Tools. Wir haben rund 800 Informationsveranstaltungen für Verbraucherinnen und Verbraucher im ersten Halbjahr bereits gestartet, die alle super nachgefragt werden. Es gibt jetzt eine kleine Delle. Das liegt daran, dass eine gewisse Unsicherheit herrscht, „was soll ich denn jetzt machen und welche Förderung bekomme ich dafür?“. Passieren muss was, das wissen wir alle. Nach wie vor ist der Gebäudebestand in keinem guten Zustand. Die Bundesregierung hat für September ein entsprechendes Paket angekündigt. Dann wird die Beratungsnachfrage noch mal deutlich ansteigen.

Ganz zum Schluss: Wir sind in NRW nicht nur da, wo wir persönlich beraten, sondern überall da, wo in NRW etwas los ist, präsent. Wir sind bei ganz vielen Themen, die ich jetzt nicht alle erwähnen kann, die aber zum Teil auch in ihrer Tagesordnung auftauchen, Partner des Landes und auch der Landesregierung. Was die globalen Nachhaltigkeitsziele und ihre Umsetzung, um aus der Tagesordnung zu zitieren, angeht, da leisten wir unseren Beitrag. Wir sind zum Beispiel auf der Landesgartenschau mit einem Projekt, bei dem es um Regenwassernutzung, um Dachbegrünung, um Fassadenbegrünung geht, vertreten. Wir sind also auch mit Dingen, die nicht unmittelbar rechtlicher Verbraucherschutz sind, unterwegs.

Bei der Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen – auch das steht bei Ihnen heute auf der Tagesordnung – werden wir auch in den entsprechenden Papieren zitiert, weil wir Träger der Vernetzungsstelle „Kita und Schulverpflegung“ sind. Diese Projekte werden – es ist gut, dass Herr Minister Krischer und Herr Staatssekretär Haase da sind – aus dem anderen Ministerium auch gefördert. Wir haben Ankerpunkte in verschiedenen Häusern, übrigens auch Projekte aus dem Haus

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

von Herrn Minister Laumann, weil wir ein Pflegewegweiser für Nordrhein-Westfalen betreiben. Wir sind da sehr breit aufgestellt.

Lebensmittelverschwendung, auch das steht heute bei Ihnen auf der Tagesordnung: Ich habe Ihnen, weil ich das jetzt alles gar nicht erzählen kann, was wir da machen, eine Menge Material mitgebracht, das Sie am Ausgang finden. Da geht es um Vermeidung von Lebensmittelverschwendung. Von Lagerungs-ABC bis zur Resteküche finden Sie dort Materialien.

Beim Thema „Schuldnerberatung“, das bei Ihnen auch auf der Tagesordnung steht, sind wir – wie die Wohlfahrt auch – an vielen Standorten vertreten. Der Bedarf ist groß.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank. – Ich finde die Zahlen und die Bereiche, die Sie dort vorgestellt haben, sehr interessant und sehr imposant. Allein die 2.000 Fakeshops im Monat. Man kann sich ja gar nicht vorstellen, was da unterwegs ist. – Herr Brockes beginnt die Fragerunde.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Herr Schuldzinski, für die Ausführungen und insbesondere auch für die Arbeit, die Sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hier leisten. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache, wie gefragt Sie sind und wie gefragt die neutrale Beratung in unserem Land ist. Deshalb ganz herzlichen Dank dafür und auch dafür, dass Sie uns immer so gut auf dem Laufenden halten, hier zur Verfügung stehen. Genauso sind wir als Politik, glaube ich, auch über den Beirat immer recht gut informiert.

Konkret hätte ich zwei Nachfragen. Zum einen – Sie haben es gerade erwähnt –, dass seit dem 1. Juli der weiße Fleck am Niederrhein sozusagen beseitigt wurde. Dort fahren Sie ja das Modell „mobil & digital“, was es auch seit einem Jahr in Höxter gibt, wenn ich das richtig weiß. Deshalb die Frage, Höxter und auch jetzt die ersten anderthalb Monate in Kleve: Wie sind da ihre Erfahrungen? Wird dieses Modell auch akzeptiert und setzt sich durch, sodass man daraus für den Rest sogar was lernen kann?

Dann die zweite Frage, die haben Sie gerade auch schon selbst angesprochen, zum Thema „Schuldnerberatung“: Da ist seitens der Landesregierung vorgesehen, die Verbraucherinsolvenzberatung und die Schuldnerberatung zusammenzuführen. Wir durften da auch schon hören, dass man in einem guten Prozess war. Da würde mich natürlich interessieren, wie Sie diesen Prozess wahrnehmen und wie Ihre Sichtweise auf die Zusammenführung dort ist.

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Ich kann direkt antworten, vielen Dank, Herr Brockes. In der Tat, wir probieren in diesen beiden Kreisen, die Sie erwähnt haben, Kleve und Höxter ein neues Modell aus. Das liegt daran, dass es eher ländlich strukturierte Kreise sind und es sich nach unseren Erfahrungen nicht lohnt, eine Ankerberatungsstelle zum Beispiel in der Kreisstadt zu haben, die für andere schwer erreichbar ist, wobei die Kreisstadt vielleicht auch zu klein ist, damit man da etwas Vernünftiges und Sinnvolles anbieten kann. Deshalb haben wir da ein Modell

aufgesetzt, zunächst in Höxter, in dem die Arbeit vor Ort aus Vernetzung, aus Hinführung und Information besteht und wir digital – digital heißt im Wesentlichen am Telefon – Mitarbeiter haben, die nur für Höxter oder Kleve zur Verfügung stehen, um eine Beratung digital machen zu können. Das Ganze wird auch evaluiert. Das wurde mit gefördert und betrifft Höxter. Sobald die Evaluation vorliegt, würde ich das bei der nächsten Runde hier auch wieder vorstellen. Wir sind sehr gespannt, ob und wie das funktioniert. Bisher läuft es gut an.

Der zweite Punkt, die Schuldnerberatung: Ja, die Zusammenlegung ist absolut sinnvoll und richtig. Es gibt Bundesländer, die das schon sehr erfolgreich machen, in Bayern zum Beispiel. Unterschiedliche Förderstränge für unterschiedliche Berechtigungsgruppen führen dazu, dass das Angebot insgesamt nicht optimal wahrgenommen werden kann. Das Ganze ist nicht „unkomplex“, sage ich jetzt mal. Deshalb ist es gut, wenn die Landesregierung sich da auf den Weg macht. Nach unseren Informationen soll es eine etwas erhöhte Förderung geben. Das wird man sehen. Wir und die Wohlfahrt sind in erste Gespräche mit eingebunden. Wir hoffen, dass es vorangeht und dass es in dieser Legislatur umgesetzt wird.

Inge Blask (SPD): Vielen Dank seitens der SPD-Fraktion für Ihren Bericht, aber auch herzlichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den 64 Beratungsstellen für die geleistete Arbeit. Das Thema „Kleve“ hätte ich auch noch einmal angesprochen, das Thema im ländlichen Raum, wenn ich das richtig verstanden habe, dann nur über Telefon. Wie ist das, wenn die Verträge eingesehen werden müssen, was ja häufig der Fall ist? Wie kommen die dann zur Beratungskraft? Ist das nicht ein Problem gerade auch für ältere Leute, die dann ihre Unterlagen nicht vorlegen können, wenn sie ein Problem haben?

Und gibt es nicht Kritik aus den anderen Kreisen, die vielleicht Beratungsstellen im ländlichen Raum haben, eher ein stationäres Angebot haben und vielleicht sagen: Wir wollen da auch was haben? Das wäre meine erste Frage.

Die zweite Frage, die ich hätte: Wie ist die vertragliche Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale und dem Land Nordrhein-Westfalen? Was sind die nächsten Schritte? Wann steht das Thema „Finanzierung“ wieder an?

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Erst einmal digital: Es sind ja auch Kräfte in Kleve und Höxter vor Ort. Sie haben auch die Möglichkeit, Sachen einzuscannen und zu verschicken. Aber genau das ist ein Punkt. Wir arbeiten auch an Tools, mit denen eine echte Online-Beratung möglich ist. Aber wir wissen: Es gibt Zielgruppen, für die ist es schwierig. Da kann eine Beratung im Einzelfall auch über diese Netzwerkpartner stattfinden, dass man bei denen dann präsent ist. Aber im Kern ist es ein Modell, das über die Ferne wirken soll.

Aus anderen Kommunen haben wir da bisher keine Reaktion zu. Wie gesagt, ich bin auch gespannt auf die Evaluation, und dann werden wir sehen. Im Gegenteil: Wir haben aus vielen anderen Kommunen eine verstärkte Nachfrage. Der Wunsch wird

geäußert, wir würden unsere Beratungsstelle gerne etwas größer haben, eine Kraft mehr etc. Wir müssen dann immer gucken, ob das finanziell geht.

Die zweite Frage: Die Finanzierung mit dem Land Nordrhein-Westfalen, also unsere finanzielle Vereinbarung, wie das heißt, läuft noch bis Ende 2025. Aber es gibt das Thema, dass die Förderung, die wir für den Bereich Energie bekommen haben, Ende nächsten Jahres ausläuft. Und dann werden wir sehen, ob und wie wir da das gemeinsam weiterentwickeln können.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE): Herr Schuldzinski, vielen Dank für Ihren Beitrag, Ihre Vorstellung. Ich hätte drei Punkte. Ich fange mit dem Digitalen an, was gerade aus einem anderen Blickwinkel besprochen wurde. Es ist mittlerweile so, dass viele Antragsstellungen, viele Verfahren digitalisiert werden und Menschen Anträge nur noch digital stellen können. Nun ist die Verbraucherzentrale nicht dazu ermächtigt, Anträge für Verbraucherinnen und Verbraucher zu stellen, die keine digitalen Zugangsmöglichkeiten haben.

Sehen Sie da aus Ihrer Sicht Notwendigkeiten, aktiv zu werden, bzw. gibt es da Möglichkeiten, wo Sie sagen, das wären gute Wege, um Verbraucherinnen und Verbraucher, die den digitalen Zugang nicht haben, die keine Endgeräte haben, die keine BundID haben, was auch immer, dann doch die Möglichkeit bekommen, Anträge zu stellen, in den Genuss von Förderung zu kommen?

Zweiter Punkt: Sie haben gerade dargestellt, wo die Verbraucherzentrale derzeit aktiv arbeitet. So wie ich Sie kenne, gucken Sie auch nach vorne. Gibt es Bereiche, die die Verbraucherzentrale in den kommenden Jahren ausbauen will, oder wo sie akut die Notwendigkeit sieht, mehr zu machen, aber es aufgrund von Personalmangel, finanziellen Mitteln etc. derzeit nicht kann? Was wären das zum Beispiel für Bereiche?

Drittens. Im Rahmen der Energiekrise letztes Jahr wurde vielfach darüber diskutiert, dass es auf der einen Seite zu Energiemangellagen kommen könnte, aber dass auf der anderen Seite die Verbraucherinnen und Verbraucher aufgrund hoher Kosten die Preise nicht bezahlen können, quasi es zu Stromsperren kommen könnte. Wie hat sich das aus Ihrer Sicht entwickelt? Ist es da zu gravierenden Problemen gekommen? Haben Sie da viele Beratungen gehabt, Lösungswege finden müssen? Wie beurteilen Sie auch die Möglichkeit, dass einzelne Energieversorger sogenannte Prepaid-Zähler einbauen?

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Anträge digital: Wir haben immer wieder Menschen in unseren Beratungsstellen, die sagen: Ich kann hier einen Antrag nur digital stellen. Ich weiß aber nicht, wie das geht. Das war zuletzt bei den Heizkostenhilfen. Für Öltanks und Holzpellets konnte man extra Hilfen beantragen, aber nur digital. Wir haben dazu auch eine Presseerklärung gemacht, in der wir sagen: Es ist suboptimal, dass es nur digital geht. So etwas machen wir dann deshalb, weil erstens die Leute bei uns in den Beratungsstellen sitzen, und zweitens uns unser Mitglied, die Landesseniorenvertretung, dazu aufgefordert hat: Da müsst ihr doch was machen. Es ist eine Herausforderung, ja. Es ist nicht unser Job, wir gehen gegen

Anbieter vor. Wir beraten zu Anbietern. Wir haben im Prinzip nichts mit der öffentlichen Verwaltung als Antragsunterstützer bei Sozialhilfe oder auch solchen Fällen zu tun.

Das Problem, das dahinter liegt, ist, dass die Digitalisierung an manchen Menschen vorbeigeht und man überlegen muss, wie man denen helfen kann. Theoretisch – ich weiß um die Finanzierungsproblematik – könnte man in jeder Kommune eine Stelle haben, wo Menschen hingehen, um sich bei Antragsausfüllungen helfen zu lassen. Das sehe ich nicht als unsere Aufgabe an. Ich will hier nichts akquirieren. Aber so etwas könnte sinnvoll sein. Ich weiß, die Kommunen sind belastet genug, die haben auch kein Personal. Aber wenn wir zunehmend in die Situation kommen, dass Anträge nur noch digital gestellt werden können, müssen wir darauf irgendeine Art Antwort finden.

Die dritte Frage, zukünftige Herausforderungen für den Verbraucheralltag: Ich habe vorhin schon einmal anklingen lassen – das betrifft im Nahbereich z. B. den Immobilienverzehr. Wenn ich das Rad ein bisschen größer denke, dann gucke ich auf die KI, auf Künstliche Intelligenz. Vielleicht ein Beispiel: Man kann es beim Enkeltrick anwenden, man kann es aber auch beim Verkauf von Waren- und Dienstleistungen anwenden. Wenn Chatbots in Zukunft nicht nur irgendetwas vor sich hin radebrechen, sondern perfekt sind, wenn es beim Enkeltrick nicht heißt, Ihre Tochter hatte einen Unfall, und Sie müssen 100.000 Euro zahlen, sondern die Tochter selber ruft an: Ich brauche deine Hilfe, zumindest ihre Stimme ruft an, dann sind das große Herausforderungen.

Die nächste Herausforderung: Wie werden wir als Organisation von den Chatbots auch gefunden? Sie wissen alle, noch klingen die Informationen super, aber sind nur zu 85 % wahr. Ziel wäre es, dass auch unsere Informationen da mit eingebaut werden – oder auch die Informationen, die Landesbehörden etc. haben. Das würde sicherlich eine der Herausforderungen sein – bis hin zu so etwas brandmarken. Theoretisch könnte ich mir auch vorstellen, dass wir Tools entwickeln, um so etwas zu erkennen: Wann ist es ein Chatbot? Es ist eine politische Forderung, dass bei den seriösen Anbietern zumindest gesagt werden muss: „Sie sprechen jetzt mit einem Chatbot“. Das vielleicht einmal in der Kürze.

Markus Höner (CDU): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schuldzinski, ich möchte mich noch für die wirklich tollen Ausführungen bedanken, weil ich glaube, man hat wieder gemerkt, was für einen Blumenstrauß an Angeboten Sie Tag für Tag für unsere Verbraucherinnen und Verbraucher, welchen Mehrwert Sie letztendlich an den Tag legen, vielen Dank dafür erst einmal.

Wenn wir jetzt einmal zurückschauen, 2022, Beginn der Energiekrise, war das sicherlich ein schnell aufwachsendes Schwerpunktthema, was Sie in den Verbraucherzentralen im Grunde bewerkstelligen mussten mit einer hohen Anforderung an die personelle Leistung. Da würde mich einmal interessieren – ich glaube, das ist schon ein Stück weit abgeebbt –: Wird das jetzt in diesem Bereich auch merklich ruhiger? Kriegt man es hin, dort eine Doppelberatung letztendlich hinzubekommen? Gerade hatten wir das Thema „PV-Balkonanlagen“ angesprochen. Dann hat das ja durchaus etwas, was gute Synergien miteinander bringt und was sich auch gegenseitig tragen kann. Das wäre das eine.

Das andere, was mich noch einmal interessieren würde, wäre ein Ausblick – Herr Dr. Kaiser hat da auch schon zur Zukunft gefragt –, ob Sie schon für 2024 Schwerpunktthemen sehen, die Sie erahnen, die vielleicht genauso umfänglich werden, wie wir das seinerzeit beim Thema „Energie“ schon gehabt haben, dass man offenen Auges schon auf etwas zuläuft, von dem man jetzt schon weiß: Da müssen wir doch handeln?

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Entschuldigung, Herr Dr. Kaiser, ich bin Ihnen noch die Antwort zu Stromsperrern und Digital Prepaid Zählern schuldig geblieben. Die Stromsperrern haben nicht in dem Umfang stattgefunden, wie wir es befürchtet haben. Als letztes Jahr die Energiepreiskrise auf dem Höhepunkt war, ging man angesichts der Zahlen, nicht von uns, sondern von den Versorgern davon aus, dass bis zu 25 % der Menschen ihre Rechnung nicht zahlen könnten und deshalb gesperrt werden könnten. Das ist nicht passiert, auch weil die Versorger ihrer Verantwortung gerecht geworden sind und es nicht gemacht haben, auch wenn sie es in vielen Fällen hätten machen dürfen.

Die Maßnahmen der Bundesregierung – es hat manchmal zu lange gedauert, es war manchmal ein bisschen verworren – waren am Ende des Tages gute Maßnahmen. Die Deckelungen der Strom- und Gaspreise haben für viele Menschen gegriffen.

Im Moment haben wir vermehrt Menschen, die die Nebenkostenabrechnung als Mieter erst später bekommen, wobei es immer noch zu hohen Nachforderungen kommt. Deshalb ist die Krise noch nicht ausgestanden. Wir müssen auch gucken, wie der Winter wird und wie die Preisentwicklung wird. Sie wissen, an den Märkten sinken die Preise, aber trotzdem sind viele Menschen immer noch belastet.

Versorger, um das mit den Prepaid Zählern aufzugreifen, gehen zunehmend dazu über, Prepaid Zähler einzubauen. Ich sage jetzt einmal: Dann sperren die Menschen sich selber, und man hat nicht so einen politischen Ärger, als wenn man rumrennt und die Zähler ausbaut. Das beobachten wir. Da wird man auch vielleicht das eine oder andere rechtlich überprüfen müssen, ob das in Ordnung ist.

Die Energiekrise in dem Umfang: Die energetische Sanierung ist eine Generationenaufgabe, mit der sind wir alle noch lange beschäftigt. Deshalb ist es gut, dass wir diese Möglichkeit haben, die Menschen da zu beraten. Wir nehmen auch immer mehr unterschiedliche Zielgruppen in den Blick. Derzeit versuchen wir, neben dem gut situierten Einfamilienhausbesitzer auch andere Gruppen in den Blick zu nehmen, etwa im ländlichen Raum. Dort gibt es einen großen Wohnungsbestand, der auch eher freistehend ist und deshalb noch einen höheren Energiebedarf hat als das klassische Reihenhaus.

Und wir haben eine zweite Gruppe, nämlich der Menschen, die – ich sage jetzt einmal romantisierend – ein Zechenhaus bewohnen, also Menschen, die in einem kleinen Einfamilienhaus wohnen, wenig Geld haben und trotzdem alles machen müssen. Das heißt, nach und nach müssen da unterschiedliche Gruppen erschlossen werden. Im Moment kriegen wir das hin. Wenn Sie nach der Dimension fragen: Außer dem Energiethema haben wir da nichts, was wir jetzt unmittelbar auf uns zukommen sehen, viele kleine Themen, aber das würde jetzt zu kleinteilig.

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Auch von meiner Seite noch einmal vielen Dank für die Informationen. Sie haben eine große Breite an Kundenkontakten in die Bevölkerung hinein. Ich frage mich: Werden alle Milieus, alle Bevölkerungskreise gut erreicht, was ist Ihre Einschätzung? Denn oft erreicht man ja nicht die, die es vielleicht am nötigsten haben. Da können Sprachbarrieren sein, kulturelle, soziale Punkte. Da würde mich interessieren, wie Ihre Einschätzung ist, ob es da auch besonderen Weiterentwicklungsbedarf für die Zukunft gibt im Hinblick auf bestimmte Milieus oder Zielgruppen in der Gesamtbevölkerung?

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Wir haben, so wie wir das gerade für die ländlichen Räume besprochen haben, seit vielen Jahren einen Ansatz „Verbraucherberatung im Quartier“. Da sind wir in Städten wie Köln oder Bonn und auch ein in Duisburg in schwierigen Quartieren unterwegs, um die Menschen da direkt abzuholen, Menschen, die auch nicht in eine Beratungsstelle kommen, wobei ich ganz klar sagen muss: In die Beratungsstelle kommen Menschen mit vielerlei Problemlagen, nämlich mit mangelnden Sprach- und Selbsthilfekompetenzen. Alle anderen können sehr viel Probleme bei uns, aber über das Internet lösen. Deshalb erreichen wir schon breite Kreise der Bevölkerung.

Aber ja, eine unmittelbare Beratung in den Quartieren könnte man anbieten. Wir haben da auch durchaus Nachfragen von einzelnen Quartieren, die sagen: So etwas hätten wir auch gerne. Das werde ich zu gegebener Zeit auch in die Verhandlungen um unseren Haushalt einbringen. Aber ja, in diese Richtung könnte man sich weiterentwickeln. Und was die Angebote für junge Menschen angeht, die haben wir auch. Wir machen auch – das fehlte bei den Zahlen – über 1.000 Veranstaltungen in den Schulen pro Jahr. Auch dort ist immer noch etwas möglich. Ich habe den Eindruck, wir erreichen breite Kreise der Bevölkerung.

Es gibt Gruppen, alleinstehende hoch alte Menschen, die nicht herausgehen. Das sind Gruppen, die schwer zu erreichen sind. Aber das gilt auch für andere, etwa den sozialen Bereich oder die Wohlfahrt.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Vielen Dank, Herr Schuldzinski. Ich glaube, das letzte war auch noch einmal ein ganz wichtiger Satz, wie viele Menschen Sie erreichen. Und das ist uns allen sehr wichtig. Ich danke Ihnen im Namen des Ausschusses, dass Sie da waren und für uns auch sonst immer als Ansprechpartner da sind, und dafür, was Sie alles an vielen Stellen für alle Menschen hier in Nordrhein-Westfalen tun. Herzlichen Dank.

Wolfgang Schuldzinski (Verbraucherzentrale NRW): Danke für Ihre Unterstützung.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill: Ich danke auch für diese attraktiven Portionierungssachen und die Info-Materialien, die wir bekommen haben. Ich kann nur sagen: Es lohnt sich, da reinzuschauen. Vielen herzlichen Dank. Wir wünschen Ihnen eine gute Heimfahrt.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

3 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zur Bestimmung der zuständigen Behörde für die Durchführung des wasserrechtlichen Verfahrens zur Festsetzung eines Wasserschutzgebietes zum nachhaltigen Schutz der Grundwasserressource für das Gewinnungsgebiet des Wasserwerkes Dahlinghausen

Vorlage 18/1362
Drucksache 18/4864

Der Ausschuss nimmt die Verwaltungsvereinbarung – Vorlage 18/1362 – zur Kenntnis.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

4 Das Wolfsmanagement in Nordrhein-Westfalen braucht ein Update

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4356

Entschließungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 18/4445

In Verbindung mit:

Wolfsland NRW: Weidetierhalter brauchen noch immer finanzielle Unterstützung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4580

(Überweisung des Antrags der FDP Drucksache 18/4356 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 24. Mai 2023)

(Überweisung des Antrags der SPD-Fraktion Drucksache 18/4580 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 14. Juni 2023)

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, in der Obleuterunde sei vereinbart worden, diese drei Anträge, da das Ministerium weitere Maßnahmen angekündigt habe, bis auf Weiteres als ruhend gestellt zu betrachten.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

5 Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globale Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/4558

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und kommunales am 16. Juni 2023)

Der Ausschuss beschließt, am 18.09.2023 um 13:30 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

6 Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4581

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend – sowie an den Ausschuss für Heimat und kommunales am 16. Juni 2023)

Der Ausschuss beschließt, am 22.11.2023 von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr eine Anhörung durchzuführen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

7 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

In Verbindung mit:

Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3287

– abschließende Beratung und Abstimmungen

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/2550 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend und den Ausschuss für Schule und Bildung am 26.01.2023)

(Überweisung des Antrags Drucksache 18/3287 an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 8.03.2023)

Bianca Winkelmann (CDU) hält fest, unter TOP 7 würden drei Anträge beraten. Sie komme zunächst auf den Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2550 zu sprechen. Die Fraktionen hätten sich in der ganzen Breite mit dem Thema der Ernährungspolitik und damit befasst, wie es mit einer regionalen, saisonalen und nachhaltigen Ernährung weitergehe. Es gehe um ein neues Kantinenprogramm für Nordrhein-Westfalen. Es gehe auch um die Koordination, beispielsweise für die Vernetzungsstelle im Bereich der Kita- und Schulverpflegung.

Der Antrag sei sehr breit gestreut, umfasse viele Themen und Bereiche, die in dem Zusammenhang wichtig seien. Der Antrag sollte als Aufschlag gedacht sein. Die An-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

hörung habe gezeigt, dass man sich auf den richtigen Weg gemacht habe, um dieses wichtige und umfangreiche Themenfeld anzupacken.

Nun liege ein Entschließungsantrag der SPD dazu vor. Da heiße es in der Überschrift „Schwarz-Grüne Ernährungsstrategie: nicht mehr als ein Plan für Besserverdiener“. Sie halte es für sehr vermessen, den Antrag so zu bezeichnen und abzucanceln. Das sei schon eine Unverschämtheit. Förderprogramme wie beispielsweise das Bildungs- und Teilhabepaket oder auch die Förderung, die die Regierung den Tafeln in Nordrhein-Westfalen zukommen lasse, würden völlig außen vorgelassen, überhaupt nicht betrachtet.

Es gehe um ein weites, umfangreiches Themenfeld. Der Entschließungsantrag enthalte keine neuen Erkenntnisse. Es sei unverschämt, die Vorschläge so abzucanceln.

Der Antrag von SPD und FDP beschäftige sich mit dem Thema „Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette bekämpfen“. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei in den Themenfeldern bereits unterwegs gewesen. Sie bitte um Zustimmung zu dem Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Alles andere sei damit abgefrühstückt.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) betont, der Antrag, den die regierungstragenden Fraktionen vorgelegt hätten, sei, wie die Kollegin bereits gesagt habe, sehr umfassend. Das habe die Anhörung auch gezeigt. Alle Sachverständigen hätten den Antrag begrüßt und als gut befunden. In einzelnen Punkten sei er noch ergänzungswürdig.

Positiv sei, dass der Aufschlag sehr umfassend sei. Der Antrag habe beginnend bei der Landwirtschaft über Außer-Haus-Verpflegung, über Ernährungsbildung bis hin zur Lebensmittelverschwendung alle Punkte aufgenommen. Sicherlich gebe es einzelne Bereiche, in denen man nachschärfen könne, wo die Strategie im Detail erst erarbeitet werden müsse. Es sei ja erst der Auftrag zur Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie, sodass einzelne Bereiche noch ausgebaut, ergänzt werden müssten.

Der Punkt, der auch in dem Entschließungsantrag der SPD hochgehängt werde, die Frage der Ernährungsarmut, müsse intensiver berücksichtigt werden. Das sei richtig. Aber das könne nicht der zentrale Punkt sein. Es sei ein wichtiger Punkt, der bearbeitet werden müsse. Genauso wichtig sei eine gesunde Ernährung, sei eine nachhaltige Produktion der Lebensmittel, ein wichtiger Punkt, der in dem Antrag zu kurz komme. Das hätten die Sachverständigen angemerkt. Das werde sicherlich bei der Erstellung der gesamten Ernährungsstrategie eine Rolle spielen.

Ein weiterer Punkt, bei dem man nachschärfen müsse, wo die gesamte Landesregierung, alle Fraktionen und alle politisch Tätigen im Land aktiv werden müssten, sei die Frage, wie man es schaffe, dass in den Kantinen frisch gekocht werden könne. Das gehe mit der Frage einher, woher das Personal komme. Es sei angemerkt worden, Kochen setze Personal voraus. Man müsse die Attraktivität dieser Berufe steigern. Das komme in der Strategie so nicht vor. Man beschäftige sich häufiger mit der Frage des Fachkräftemangels. Da sei es notwendig, sich Gedanken zu machen, wie das gesteigert werden könne.

Auch sei zu überlegen – Stichwort Verpflegung der Seniorinnen und Senioren –, was man bei der Außer-Haus-Verpflegung in diesem Bereich oder auch in den Einrichtungen verbessern könne. Es gebe sicherlich viele Punkte, bei denen man nachbessern könne. Insgesamt sei die Anhörung positiv gewesen. Wichtige Aspekte seien hervorgehoben worden, die noch berücksichtigt werden sollten. Das MLV werde sicherlich sein Bestes geben, um all diese Punkte aufzuarbeiten und eine umfassende Ernährungsstrategie vorzulegen, die den Ansprüchen des 21. Jahrhunderts genüge.

Kurz zu dem Entschließungsantrag der SPD: Er enthalte viele wichtige Punkte, die Ernährungsarmut habe er gerade schon genannt. Was bei der SPD nicht mehr statfinde, scheine die Landwirtschaft zu sein. In dem Entschließungsantrag werde kein Wort über regionale Strukturen, über landwirtschaftliche Produktion verloren. Im Grunde würden Ernährungsräte, Regionalbewegung, die Landwirtschaft einfach übersehen. Es sei schon ein Problem, wenn man über gesunde Ernährung, über Lebensmittel rede, wenn Strukturen, bei denen Menschen im Ehrenamt aktiv seien, überhaupt nicht erwähnt würden. Dann werde der Entschließungsantrag mit einer Überschrift versehen, die nicht nur falsch sei – es gebe diese Ernährungsstrategie noch gar nicht, sie solle erarbeitet werden –; da komme die SPD doch sehr polemisch daher.

Zum Werbeverbot für Zucker: ja. Die Bundesregierung arbeite daran. Man habe mitbekommen, wie der Aufschrei gewesen sei, als der Bundeslandwirtschaftsminister einen entsprechenden Vorschlag gemacht habe. Daran werde weitergearbeitet. Es sei ein Bundesthema und habe hier eigentlich keine Relevanz. Es liege auf Bundesebene in guten Händen. Bei Cem Özdemir könne man sicher sein, dass auch etwas Gutes dabei herauskomme.

Dietmar Brockes (FDP) führt aus, insgesamt lägen drei Anträge vor. Der Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen gehe auf das Thema „ganzheitliche Ernährungsstrategie“ in ganzer Breite ein, wie Frau Winkelmann es gesagt habe. Er wäre noch ausbaufähig, wie Herr Kaiser gerade gesagt habe. Das mache deutlich, dass dieser Antrag die Themen leider nur anreißt und nicht tiefergehend thematisiere, wobei er sehr vage bleibe und reichlich Interpretationsspielräume gebe. Das sei in den Ausführungen gerade deutlich geworden.

Nichtsdestotrotz werde sich die FDP-Fraktion bei dem Antrag enthalten, obwohl ihr die Tiefe und die Schärfe bei dem Antrag fehlten. Der Antrag zum Thema „Lebensmittelverschwendung“ seitens der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion unterscheide sich davon sehr deutlich, weil in diesem Antrag konkret eines der Themen angesprochen werde. Es sei schon traurig, dass sich die Koalitionsfraktionen anscheinend nicht tiefer damit beschäftigt hätten.

Nun gebe es ca. 11 Millionen t Lebensmittelabfälle pro Jahr. Davon entfielen 2 % auf die Landwirtschaft, 15 % auf die Lebensmittelverarbeitung, 17 % auf die Außer-Haus-Verpflegung und 7 % auf den Lebensmitteleinzelhandel. Ein Großteil, nämlich 59 % der Lebensmittel, würden von den Verbraucherinnen und Verbrauchern weggeworfen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Lebensmittelverschwendung sei aus seiner Sicht nicht nur eine Frage der Ressourcenverschwendung, sondern dadurch würden finanzielle und ökologische Kosten entstehen. Mit diesem Antrag wolle man dem entgegenwirken. Gezielte Verbraucheraufklärung sei wichtig, insbesondere was das Mindesthaltbarkeitsdatum angehe. Genauso sei die Verbraucheraufklärung sehr wichtig, um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren.

Dann gebe es einige rechtliche Hürden, die die Lebensmittelrettung erschweren würden. Diese Punkte wolle man mit einzelnen Maßnahmen aufgreifen. Da sei es sehr bedauerlich, dass Frau Winkelmann keine einzelne Maßnahme anspreche, sondern alles oberflächlich ablehne. Man könnte mit diesem Antrag sehr viel Positives erzeugen. Das sei das Anliegen dieses Antrags. Deshalb werbe er noch einmal um Zustimmung. Wie gesagt, bei dem Antrag der Koalitionsfraktionen werde sich seine Fraktion enthalten. Dem Entschließungsantrag der SPD werde er nicht zustimmen.

Julia Kahle-Hausmann (SPD) betont, Herr Bockes habe viel zum Antrag der schwarz-grünen Koalition referiert. Frau Winkelmann habe den Antrag sehr gelobt, man hätte die Strategie sehr breit angelegt, die jetzt erarbeitet werden müsse. Ja, es werde versucht, die Resultate der Enquetekommission umzusetzen. Da seien aber nur Teilbereiche angeschnitten worden. Eine ganze Menge Punkte nebenher sei nicht aufgegriffen worden.

Nun seien wichtige Aussagen aus der Anhörung in der Strategie nicht berücksichtigt worden, auch nicht in der Weiterführung der Strategie, auch wenn man Vertrauen in das Landwirtschaftsministerium habe. Da würde sie gerne mehr Input geben. Sie sei Frau Winkelmann für die „völlig unpolemische“ Stellungnahme, wie unverschämt man doch sei, dankbar. Das betreffe insbesondere das Wort „unverschämt“. Sie schäme sich überhaupt nicht, die Ernährungsarmut, die man in den Wahlkreisen jeden Tag erlebe, in Kitas, in Schulen, in Sozialverbänden, in Seniorenheimen zur Sprache zu bringen. Das sei ein riesengroßes Problem.

Sie nenne ein Beispiel aus ihrem Wahlkreis. Sie spreche von einer Gesamtschule, da gehe ein Drittel der Kinder ohne Frühstück und ohne Mittagessen hin. Ein leerer Bauch studiere nun mal nicht gerne, ein voller Bauch natürlich auch nicht. Wenn sie hungrig sei, werde sie leicht aggressiv, könne dann nicht mehr lernen. Das Problem der Ernährungsarmut habe viel damit zu tun, dass möglicherweise Bildungshintergründe nicht richtig stimmen würden. Da müsse man ansetzen. Vorschlag ihrer Fraktionen sei, die nachwachsende Generation in den Fokus zu stellen und eine unmittelbare Hilfestellung zu geben, indem man den jungen Menschen unentgeltlich Mittagessen garantiere.

CDU und Grüne sagten, der Biomarkt müsse aufgewertet werden, die Absatzmöglichkeiten müssten verbreitert werden. Das sei super für das Klientel hier, für die Landtagskantine, für alle möglichen, die im Beruf stünden. Sie könnten sich das leisten. Aber wenn eine Familie vom Bürgergeld abhängig sei und zwei Kinder in der Schule habe, dann könnten sie sich das in erster Linie so nicht leisten. Da müsse man Maßnahmen ergreifen und auch bei der Bildung ansetzen. Sie plädiere dafür, lebenspraktische Fächer in der Schule mit ins Curriculum aufzunehmen. Die Bildung sei in dem Antrag der Koalitionsfraktionen drin, keine Frage. Aber es sei ein „nice-to-have“. Ihre Fraktion wolle es als „must-have“ in den Lernplanung integrieren. Das sei eine zentrale Forderung.

Herr Kaiser sage, die SPD kümmere sich nicht um die Landwirtschaft, sie kümmere sich nicht darum, wo die Produkte herkämen. Die Primärproduzenten seien natürlich sehr wichtig, auch wenn sie nicht explizit hier aufgeführt würden.

Im letzten Spielstrich heiße es, dass die Ernährungstrategie die vier Ziel-Dimensionen „Gesundheit“, „Tierwohl“, „Soziales“ und „Umwelt“ gleichwertig berücksichtige. Alle wüssten, dass die Landwirte am Ende der Nahrungskette seien, weil die vier Lebensmittelriesen die Preise diktieren würden und die Landwirte deshalb unter sehr großem Kostendruck stünden. Die ärmeren Familien stünden auch unter Kostendruck, weil sie sich das, was bei Aldi, Lidl und REWE in den Regalen liege, nicht mehr in dem Maße leisten könnten, wie es vorher der Fall gewesen sei. Man müsse bei denen ansetzen, die es bräuchten, die es nötig hätten, statt eine Klientel zu fördern, die sich das sowieso leisten könne.

Sie sei gerne bereit, alles auf Öko, regionale Wertschöpfungsketten, saisonales Angebot abzustellen. Da sei ihre Fraktion mit dabei. Aber man sollte bei den Kindern anfangen und denen eine unmittelbare Hilfestellung geben. Das sei die Zielrichtung des Entschließungsantrags.

Sicher sei, dass die Koalitionsfraktionen dagegen stimmen würden. Das sei aber ein zentraler Punkt, der in der Ernährungsstrategie von CDU und FDP leider fehle. Möglicherweise liege es daran, dass der Wahrnehmungshorizont von CDU und Grünen ganz anders sei als der im Ruhrgebiet. Vielleicht habe man mit der Armut nicht so unmittelbar zu tun. Dann sollte man sich erklären lassen, wie die Lage tatsächlich sei und wie man helfen könne. Sie würde sich freuen, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Meinung ändern würden. Zum Thema Lebensmittelverschwendung werde Frau Blask noch ergänzen.

(Bianca Winkelmann [CDU]: Ich bleibe bei Unverschämtheit!)

Zacharias Schalley (AfD) meint, angesichts der Polemik könne man denken: Du bist nicht du, wenn du hungrig bist. Das passe auch zu dem Antrag.

Es gehe viel in die Breite, es fehle aber die Tiefe. Die Anträge würden vor Allgemeinplätzen strotzen. Wer könne schon gegen eine gesunde, regionale, nachhaltige, am besten noch bezahlbare Ernährung sein? Der Kern der Forderungen sei aber, der Transformation das Wort zu reden, am besten durch Kampagnen beim Verbraucher. Die Anträge der SPD und der FDP unterschieden sich von dem Antrag der Regierungsfractionen nur in Nuancen. Seine Fraktion werde alle Anträge ablehnen.

Inge Blask (SPD) kann sich nicht erklären, warum Frau Winkelmann so aufgeregt sei. Einen Entschließungsantrag einer demokratischen Fraktion an der Stelle als „unverschämte“ zu bezeichnen, das sei kein demokratisches Verhalten. Man arbeite einen Antrag aus, dann gebe es Fraktionen, die einen Entschließungsantrag einbrächten. Das sei ein demokratischer Prozess. Sie denke, das sollte man an der Stelle auch so akzeptieren.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Zum Antrag von CDU und Grünen: Sie stelle fest – sie sei auch Mitglied der Enquete-kommission in der letzten Legislaturperiode gewesen –, dass zentrale Forderungen, Maßnahmen, die die Kommission konkreter formuliert habe, überhaupt nicht in dem Antrag vorkämen. Das zeige, dass zwischen Schwarz und Grün da überhaupt keine Einigung stattgefunden habe. Sie habe viele konkrete Forderungen der Grünen in den letzten zehn Jahren im Plenum gehört. Viele dieser konkreten Forderungen könne man wohl mit der CDU nicht umsetzen. Deshalb sei der Antrag pauschal und allgemein gehalten, damit man hier nicht konkret werden müsse.

Zum Thema „Lebensmittelverschwendung“: Ja, jeder sei gegen Lebensmittelverschwendung. Das sei eine allgemeine Aussage. Sie frage, wo denn die politischen Ziele der Fraktionen, die Vorgaben für die Landesregierung seien, wo man hinwolle. Denn das Thema „Lebensmittelverschwendung“ bearbeite man schon seit vielen Jahren. Die Vorvorgängerin habe dieses Thema schon als Schwerpunktthema herausgearbeitet. An der Stelle hätte sie mehr erwartet.

Dr. Ralf Nolten (CDU) betont, auch er sei Mitglied in der Enquetekommission gewesen. Man habe viel gestritten und auch viel Gemeinsamkeit gerade in dem Themenfeld gefunden. Er gehe davon, dass der Antrag im Ministerium nicht in den Schrank gestellt werde, sondern zur Lektüre bei der Entwicklung der Strategie herangezogen werde. Der Antrag werde sicher denen zugutekommen, die an dieser Strategie arbeiten würden. Man sollte doch insgesamt die Schärfe hier herausnehmen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill teilt die Voten der mitberatenden Ausschüsse bezüglich des Antrags von CDU und Grünen Drucksache 18/2550 mit. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie der Ausschuss für Schule und Bildung hätten in ihren Sitzungen diesen Antrag angenommen.

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 18/2550 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

Der Ausschuss lehnt den Entschließungsantrag der SPD-Fraktion Drucksache 18/5445 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/3287 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

8 Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4568

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume, an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung und an den Haushalts- und Finanzausschuss am 16.06.2023)

Der Ausschuss beschließt, sich an der für den 08.09.2023 geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

9 Bericht der Landesregierung zum zweiten Jahrestag der Flutkatastrophe
(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1376
Vorlage 18/1384

Astrid Vogelheim (GRÜNE) bedankt sich für den strukturierten Bericht. Sie habe ihn gut einordnen können. Sie freue sich, dass viele Dinge auf einem guten Weg seien. Der Bericht mache deutlich, dass angesichts des Klimawandels das Thema „Hochwasservorsorge“ keinen Sprint, sondern einen Marathon darstelle.

Dr. Ralf Nolten (CDU) bedankt sich auch für den Bericht, der klar strukturiert sei. Es gebe nicht nur die Aufzählung von Dingen, die man gemacht habe. Die 10-Punkte-Erklärung von vor 2 Jahren sei aufgenommen worden. Jetzt mache man eine Bestandsanalyse. Die Ziele seien klar definiert. Hinten könne man lesen, wo man bei der Umsetzung der Maßnahmen stehe. Diese Vorgehensweise sei für die Bereiche sehr hilfreich.

Inhaltlich habe er eine Frage zu dem zweiten Dokument. In Kapitel 6 – Berücksichtigung der Auswirkungen von Klimaänderungen auf die Hochwasserstatistik – werde auf das KLIWA-Modell abgehoben. Es heiße, man versuche, eine Modellkette aus Klima- und Wasserhaushaltsmodellen zu erstellen. Ein ähnliches Vorgehen werde für NRW empfohlen. Auch werde auf eine Kooperation mit einem anderen Bundesland verwiesen. Nun seien die anderen Partner aber eindeutig durch kontinentales Klima geprägt. Er frage, wie er sich das vorstellen solle, ob man da eine Korrektur im Modell mache oder ob man versuche, mit Niedersachsen in Richtung des atlantischen Klimamodells weiterzuarbeiten.

Minister Oliver Krischer (MUNV) bedankt sich für die Frage. Herrn Dr. Nolten werde man eine substantielle Antwort nachliefern.

René Schneider (SPD) legt dar, zunächst habe er sich über den umfassenden Bericht der Landesregierung gefreut. Das sei ja eine Langfassung. Normalerweise seien die Antworten, die man mit den Berichten erhalte, nicht so ausführlich. Er frage, von wann der Bericht eigentlich sei. Wann er im Landtag angekommen sei, sei klar. Hintergrund seien – er greife jetzt einen Punkt heraus, der den Ausschuss besonders beschäftigt habe – die Pegelmessstellen. Auf Seite 16/34 finde man die große Karte. Es sei nach wie vor die Rede von 5 x 5 neuen Messstellen. Auf der Karte finde er nach wie vor nur 24. Im April sei der Ausschuss ausführlich informiert worden, wie sich das verhalte. Er frage, wo die 25. Messstelle sei.

Im April sei gesagt worden, dass Ziel die schnellstmögliche Messnetzverdichtung wäre. Er lese jetzt hier, dass die Vor-Ort-Begehungen der konkreten Pegelstandorte derzeit

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

vor Ort vorbereitet würden und im Laufe des Sommers erfolgen sollten. Da wüsste er gerne, ob man jetzt in der Phase sei, dass die 24 Standorte begangen würden, um dann wieder nur zu gucken. Nach dem April habe er gedacht, dass irgendjemand einen Spaten in den Boden gestochen hätte und eine Pegelmessstelle tatsächlich gebaut würde, was auch in Abschnitten erfolge – und nicht redundant. De facto bräuchte es einen Spatenstich für eine neue Pegelmessstelle an einem kleinen oder mittleren Fluss.

In Zusammenhang mit den Pegelmessstellen habe der Ausschuss in seiner Sitzung im Oktober 2022 gelernt, dass dafür die Stellensituation beim LANUV adäquat sein müsse. Im Oktober 2022 seien nur 26 von 34 Vollzeitäquivalenten besetzt gewesen. Er frage, wie die Stellensituation in dem Fachbereich, insbesondere im Bereich 51, aktuell aussehe. Das sei jetzt nicht Teil dieser umfangreichen Vorlage gewesen.

Minister Oliver Krischer (MUNV) hält fest, in der Sitzung am 19.04.2023 sei seitens der Fachleute erläutert worden, wie die Entwicklung der Pegelstandorte vorangehe, wie das konzeptionell entwickelt werde. Nun sei die eigentliche Herausforderung die, die richtigen Pegelstandorte zu identifizieren. Es nütze ja kein Pegel, den man irgendwo im Land baue, dessen Informationswert, weil die Daten nicht interessant seien oder in der Nähe schon erhoben würden, gering sei, sondern man müsse die Standorte identifizieren, die tatsächlich einen Mehrwert lieferten. Diese Arbeit sei erfolgt. Jetzt würden diese Pegel Zug um Zug auch errichtet. Das sei ein Verfahren, wo in der Örtlichkeit geguckt werden müsse, wie man das konkret im Detail baue. Da gebe es ein Genehmigungsverfahren. Das könnten die Kolleginnen und Kollegen sicherlich alles im Detail beschreiben. Das passiere jetzt, es werde entsprechend umgesetzt.

Er bitte Herrn Börger, zur aktuellen Stellenbesetzungssituation etwas zu sagen.

LMR Matthias Börger (Abteilungsleiter MUNV) gibt an, insgesamt seien etwa 3/4 der Stellen besetzt. Was das konkret für die Pegelstellen bedeute, dazu könne er die Zahlen gerne nachliefern. Es sei ein zähes Geschäft. Angesichts des Fachkräftemangels würden die Ausschreibungen sukzessive wiederholt. Dann finde man immer wieder jemanden, sodass das nicht auf einen Schlag erfolgen könne. Man habe aber die Stellen besetzen können. Zwischendurch habe die Befürchtung bestanden, dass es nicht ganz so gut laufen würde.

René Schneider (SPD) bedankt sich dafür, dass die Zahlen nachgeliefert würden. Aus der Lamäng sei es schwierig.

Natürlich habe der Ausschuss im April über die Pegelmessstellen besprochen. Der Text, den der Minister damals vorgetragen habe, sei der gleiche gewesen: Man sei dabei. In der PowerPoint-Präsentation habe gestanden, dass das der aktuelle Stand sei. Ab April gebe es den Umsetzungsfahrplan für den Bau der ersten 25 Hochwasser-Meldepegel. Er sehe immer noch nur 24, die 25 scheine ein Phantom zu sein. Da stehe nichts davon, dass man im Sommer erst einmal „begehen“ müsse, sondern dass man die GIS-Vorbereitung habe, dass man den LEA haben müsse, dass man alles aufbaue.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Im April sei er davon ausgegangen, dass man jetzt in die Ausschreibung gehen könne. In dem Bericht lese er, dass die Vor-Ort-Begehung vorbereitet und im Laufe des Sommers stattfinden solle. Das heiÙe, man gehe jetzt aktuell die 24-Standorte ab und werde dann erst ausschreiben. Er frage noch einmal, für wann der erste, irgendwie geartete Spatenstich für eine neue Pegelmessstelle geplant sei. Ansonsten vergehe auch das Jahr 2023 wieder. Er habe zum Haushalt 2022 gefragt, wo das Geld sei. Die Antwort habe gelautet, man hätte genug eingestellt, man könne ganz viel bauen. De facto sei aber nichts gebaut worden.

RBD Dr. Fabian Gier (MUNLV) stellt richtig, es handele sich um 25 Pegel, warum 24 Pegel in der Skizze dargestellt würden, werde man überprüfen und nachreichen. Klar sei auch – das sei auch in dem Fachgespräch dargestellt worden –, dass in den Gewässerabschnitten die Pegel identifiziert worden seien. Selbstverständlich sei, dass man jetzt mit dem Wissen, auf welchem Gewässerabschnitt die Pegel tatsächlich errichtet würden, die Festlegungen treffen müsse, wo genau. Natürlich sei nicht jeder Punkt am Gewässer für eine Wasserstandsmessung geeignet. Es dürfe beispielsweise nicht umläufig sein. Man brauche auch eine gewisse Infrastruktur wie Strom, Zugänglichkeit usw. Jetzt gebe es das schrittige Vorgehen, wie es dargestellt worden sei. Das fange an, indem man die Gewässerbegehungen jetzt auch durchführe.

(René Schneider [SPD]: Kein Spatenstich!)

Minister Oliver Krischer (MUNV) wiederholt, die Gewässerabschnitte seien jetzt festgelegt worden, wo ein Pegel hinkomme. Wenn man einen Pegel in Deutschland an einem Gewässer errichte, dann folge ein Genehmigungsverfahren. Dann gebe es eine Wasserrahmenrichtlinie. Das sei alles sehr aufwendig. Man könne darüber streiten, ob das sinnvoll sei oder nicht. Das könne man gerne diskutieren. Aber das müsse man an jedem einzelnen Standort jetzt machen.

Im Frühjahr seien die Standorte festgelegt worden. Die Genehmigungsverfahren liefen jetzt. Es sei doch nicht so, dass das LANUV mal rausfahre, einen Pegel ans Gewässer stelle und rufe: Hurra, hier haben wir einen Pegel. Das seien bauliche Einrichtungen, die in einem hoch sensiblen Bereich errichtet würden.

Er meine, sich daran erinnern zu können, dass im Ausschuss die Frage der wasserrahmenrichtlinien-konformen Errichtung von Pegeln diskutiert worden sei, wobei die SPD das selber zum Thema gemacht habe. Insofern sei das ein Prozess, der aufgrund der Abläufe noch etwas dauere, bis man dann tatsächlich die baulichen Anlagen auch habe. Das sei im April dem Ausschuss gegenüber alles im Detail vermittelt worden.

Dietmar Brockes (FDP) bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Was die Stellenbesetzung und die Aufteilung auf die einzelnen Bereiche angehe – Bezirksregierung, LANUV, Ministerium –, bitte er, den Stand der Dinge nachzureichen. Er frage auch, wie viele Anträge für Hochwasserschutzkonzepte bereits vorlägen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Minister Oliver Krischer (MUNV) antwortet, was das Thema Stellenbesetzung angehe, so sei man dabei, es klappe besser als man befürchtet habe. Herr Börger habe eben gesagt, es gebe ein großes Problem, Fachleute zu finden, sodass Stellen mehrfach ausgeschrieben werden müssten. Das sei eine Herausforderung und betreffe nicht nur diesen Bereich, sondern die gesamte öffentliche Verwaltung.

Die konkreten Zahlen für die verschiedenen Bereiche werde das Ministerium nachliefern. Das sei kein Thema. Die andere Frage würde er an die Fachkollegen weitergeben.

StS Viktor Haase (MUNV) erklärt, was die Anzahl der Konzepte angehe, so müsse das Ministerium das nachliefern.

Dr. Ralf Nolten (CDU) erinnert daran, dass es bereits in der letzten Wahlperiode Aktivitäten im Ministerium gegeben habe, um den qualifizierten Nachwuchs in diesem Bereich einzuwerben. Es habe keine BDEW-Veranstaltung gegeben, in der das nicht betont worden sei.

2021 habe es die Flut gegeben. Jetzt würden bei den Verbänden, bei den unteren Wasserbehörden viele Stellen geschaffen. Er könne aber nicht erkennen, dass man neue Fakultäten eingerichtet hätte. Er könne auch nicht erkennen, dass es mehr Lehrstühle oder deutlich mehr Studierende gebe. Wenn das so sei, habe man einen Bias zwischen Angebot und Nachfrage. Das werde auch im nächsten Jahr, wahrscheinlich auch im übernächsten Jahr die Defizite in der Stellenbesetzung erklären.

Es liege an den Zuständigen, auch den Politikern, darauf hinzuweisen, wenn man mit jungen Menschen im Gespräch sei, dass man in diesem Bereich ein Studium aufnehmen sollte. Es sei ein Feld mit Zukunft. Jede Sitzung hier zu sagen, soundso viele Stellen würden angeboten, die seien aber noch nicht alle besetzt, helfe niemandem. Das sei doch kein Versagen derjenigen, die dafür verantwortlich seien. Wenn das nicht in der Hand der Landesregierung liege, dann müsse Herr Schneider auch nicht jede Sitzung danach fragen.

Dietmar Brockes (FDP) erklärt, er wisse nicht, was die CDU-Fraktion heute Falsches gegessen habe. Bei jeder Nachfrage seitens der Opposition gehe man steil. Es sei doch gutes Recht der Oppositionsfraktionen, nach dem aktuellen Besetzungsstand zu fragen. Das sei eine Sachfrage. Herr Schneider habe keinerlei Wertung da mit reingebracht. Auch das Ministerium habe sachlich geantwortet. Er bitte, sich zu entspannen.

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, nun gehe es bei dem zweiten Jahrestag der Flutkatastrophe neben den Fakten und Daten, die der Ausschuss heute bekommen habe, auch um ein Gedenken an die Opfer. Sie wolle im Namen des Ausschusses sagen, wie wichtig es sei, dass dieses Thema immer auf der Tagesordnung stehe – das betreffe insbesondere die Prävention beim Hochwasser. Sie bedanke sich beim Ministerium, dass das so ernst genommen werde. Sie bitte die Fraktionen, dass auch so ernst zu nehmen. Sie komme aus einer Region, in der man die Flutkatastrophe

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

gespürt habe. Dieses Thema müsse in den Gedanken bleiben, auch angesichts der Opfer und der Geschädigten.

(Beifall)

Minister Oliver Krischer (MUNV) hebt hervor, sein Ministerium habe darum gebeten, diesen Tagesordnungspunkt aufzunehmen, damit die Informationen dem Ausschuss vorlägen. Er habe zugesagt, dass man regelmäßig darüber berichten werde, auch ohne Aufforderung. Er bitte, an der einen oder anderen Stelle zu entschuldigen, wenn etwa konkrete Zahlen zur Stellenbesetzung nicht mitgebracht worden seien – darauf sei man nicht vorbereitet gewesen. Das werde gerne nachgeliefert.

Sein Ministerium wolle der Zusage nachkommen und habe deshalb auch einen etwas ausführlicheren Bericht vorgelegt, der eine Menge Informationen enthalte und den Stand insgesamt wiedergebe.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

10 Folgen des Hochwassers an der Emscher vom 22./23.06.2021

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1367 – Neudruck
Vorlage 18/1468

Die Beratung wird verschoben.

11 Biologische Stationen NRW: Wann kommt die finanzielle Förderung endlich an? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1447

René Schneider (SPD) bedankt sich für den Bericht. Er erinnere sich an das Jahr 2023, in dem die Haushaltsstelle kräftig erhöht worden sei, die hauptsächlich für die Biostationen vorgesehen sei. Während bei den Biostationen noch die Sektkorken geknallt hätten, habe Staatssekretär Haase einräumen müssen, so sei es nicht gemeint. Da gebe es die gegenseitige Deckungsfähigkeit. Die Haushaltsstelle sei auch noch für andere Projekte gedacht gewesen.

800.000 Euro mehr seien bei den Biostationen dieses Jahr angekommen. Sich darum zu kümmern, sei aller Ehren wert, sei wichtig. Er stellte fest, dass im aktuellen Jahr 2023, im nächsten Jahr wahrscheinlich noch mehr, die Biologischen Stationen an die Grenzen der Liquidität, der Leistungsfähigkeit kämen. Die Biologischen Stationen seien nach seiner Kenntnis auch ständige Besucherinnen und Besucher im Ministerium. Minister Krischer wolle sich ja auch, wie man höre, kümmern. Der Haushaltsansatz in diesem Bereich werde noch einmal um 1,5 Millionen Euro gesenkt. Das, was in dem Topf sei, sei wieder nicht nur für die Biologischen Station gedacht, da seien 15,2 Millionen Euro angesetzt.

Wenn man all das berücksichtige, was die Biologischen Stationen an Mehrbelastungen treffe, müssten eigentlich mehr als 17 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden. Man sollte darüber nachdenken, auch über die Art und Weise, wie man denen das Geld zukommen lasse.

Seine Fraktion habe unter anderem danach gefragt, wie eine rückwirkende Auszahlung von erhöhten Landesmitteln an die Biologischen Stationen sichergestellt werden solle. Jetzt werde die Richtlinie überarbeitet. Jetzt könnte man einwenden, es sei schon nach der Haushaltplanberatung im vorigen Jahr absehbar gewesen, dass man da was machen müsse. Die neue Förderrichtlinie werde jetzt auf den Weg gebracht. Dann werde rückwirkend zum 1. Januar 2024 gehandelt. Es heiße, dieses Verfahren sei den Kommunen bekannt. Dieses Verfahren sei sonst immer nur für den Inflationsausgleich genutzt worden. Da rede man über Summen, die wesentlich kleiner seien.

Jetzt solle es eine tarifliche Anpassung geben, die sehr viel höher sei und die außerhalb des von den Kreisen angewandten 5-Jahresrhythmus liege. Da einfach zu sagen, die Kommunen und die Kreise würden schon antizipieren und würden es nachträglich machen können, führe ihn zu der Bitte, alle, die infrage kämen, die kofinanzierenden Kreise darüber zu informieren, dass das anstehe, dass sie die Gelder möglichst schon in ihren Haushalt für das kommende Jahr reinschrieben.

Alternative sei – darauf beziehe sich die Frage 4 in der Berichts-anfrage –, von dem Prinzip 80 %/20 % abzuweichen und auf 90 %/10 % zu gehen. Dann könnten die Kreise mit dem gleichen Betrag mehr kofinanzieren.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Das Ministerium habe geantwortet, da seien keine Änderungen geplant. Da wäre die Möglichkeit, es anders zu gestalten. Seine Fraktion werde einen Antrag zum kommenden Haushalt stellen, den tatsächlichen Bedarf der Biostationen zu decken. Auch wüsste er gerne, wofür der Rest der gegenseitig deckungsfähigen Mittel ausgegeben worden sei, der nicht den Biostationen zugutegekommen sei, der vielleicht auch nicht zurückgegangen sei. Er wüsste gerne, wie das für 2023 ausgesehen habe.

StS Viktor Haase (MUNV) erklärt, er führe die Gespräche mit dem Dachverband der Biologischen Stationen, gemeinsam mit der Fachabteilung aus dem Haus. Die Fragenkomplexe, die an Herrn Schneider adressiert würden, würden das Ministerium genauso erreichen, auch die anderen Fraktionen. Man sei da in einem intensiven Austausch. Gerade am Vortage habe er ein Gespräch mit den Stationen geführt, genau zu den Punkten, die Herr Schneider angesprochen habe. Man habe auch einen Folgetermin verabredet, einige kleinere Fragen seien noch offen.

Mit Blick auf das Haushaltsvolumen sehe es so aus: Die Naturschutzmittel seien eine Titelgruppe. Er habe bereits letztes Mal gesagt, dass die Mittel in den Titel eingestellt worden seien, aber alle Titel seien gegenseitig deckungsfähig. Man sei mitten im Haushaltvollzug. Deshalb sei es im Moment schwierig, die konkrete Zahl für die Biologischen Stationen in diesem Jahr abzulesen, aber auch für nächstes Jahr. Aber es stünden ausreichend Mittel für das zur Verfügung, was man derzeit angehe. Er sage zu, dass man das entsprechend im Blick habe. Das, was derzeit diskutiert werde, könne auch finanziert werden.

Dreh- und Angelpunkt der Gespräche mit den Biologischen Stationen sei das Thema „Verrechnungseinheit“. Verrechnungseinheit sei im Prinzip das, was die Biologischen Stationen für ihre Arbeit pro Stunde bekämen. 2005 habe es einen Prozess der Biologischen Stationen, des Dachverbandes und der Fachabteilung gegeben. Damals sei diese Verrechnungseinheit ermittelt und festgelegt worden. Viele Jahre seien ins Land gezogen. Die Entwicklung, so wie sie richtig beschrieben werde, sehe so aus, dass die Steigerung und das, was inflationsmäßig abgebildet worden sei, und die tatsächliche Kostenentwicklung auseinandergingen. Das sei eine Schere. Das führe bei den Biologischen Stationen zu den Problemen, die sie derzeit hätten.

Jetzt habe man einen Prozess gestartet, die Grundlagen für die Verrechnungseinheit auf eine aktualisierte Basis zu stellen und genau da eine neue Grundlage zu schaffen. Da sei man auf einem guten Weg, habe das aber noch nicht ganz abgeschlossen. Er hoffe, dass man das zeitnah tun könne, damit es Klarheit für die Biologischen Stationen gebe, was künftig als Verrechnungseinheit zugrunde gelegt werde – das sei genauso wichtig –, auch mit Blick auf die Kommunen, die Kreishaushalte und die angelegten Maßnahmenprogramme.

Es werde mit Hochdruck daran gearbeitet. Ab 1. Januar 2024 werde das dann die Grundlage sein. Darüber hinaus werde derzeit geprüft, inwieweit man für 2023 noch Möglichkeiten sehe nach dem, was das Haushaltsrecht ergebe, weil man auch an der Förderrichtlinie arbeiten müsse. Da schaue man, welche Möglichkeiten es in diesem Jahr gebe. Er könne jetzt nicht sagen, was am Ende des Jahres bei den Biologischen

Stationen im Haushalt genau ankomme. Die Mittel stünden aber im Haushalt drin, so dass man einen gewissen Spielraum habe, dem nachzugehen.

Mit Blick auf die Zukunft: Bislang sei ein Inflationsausgleich gegeben worden. Es gebe eine Regelung für den Inflationsausgleich für die Biologischen Stationen nach einem bestimmten Mechanismus. Der habe aber dazu geführt, dass man genau in diese Schere eingelaufen sei, dass das auseinandergehe. Deshalb werde man diesen Inflationsausgleich in eine Dynamisierungsklausel in der Förderrichtlinie übersetzen. Es sei Ziel, das zu tun, damit die Schere zukünftig da nicht weiter auseinandergehe. Das werde derzeit diskutiert. Er appelliere an die, die in den Kommunen in Verantwortung seien, sich darauf vorzubereiten, dass es dort auch mehr werde. Man sei in der Diskussion, wie man das für das nächste Jahr gestalten könne.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

12 Einführung einer Rohstoffabgabe (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 4]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1448

Dietmar Brockes (FDP) möchte wissen, ob das noch der Stand der Dinge sei, da der Bericht vom 11.08. stamme. Vielleicht gebe es ja mittlerweile einen Entwurf seitens des Ministeriums.

Minister Oliver Krischer (MUNV) antwortet, der Bericht gebe den aktuellen Stand wieder.

René Schneider (SPD) meint, wenn man den Bericht das nächste Mal früher bekäme, hätte man mehr Zeit, sich damit zu beschäftigen. Er flüchte sich auch schon in Galgenhumor. Solche Berichte machten ihn nicht glücklich, ganz im Gegenteil. Gleichwohl wolle er die Bereitschaft der SPD erneuern, an dieser Rohstoffabgabe positiv, konstruktiv mitzuwirken, weil man das tatsächlich für eine gute Maßnahme halte.

13 Förderprogramm für Tierheime: Warum werden die Mittel so schlecht abgerufen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 5])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1471

René Schneider (SPD) erinnert daran, im vergangenen Jahr habe der Ausschuss darüber gesprochen. Er habe viel gelernt über die Fördermöglichkeiten, die Tierheime hätten. Damals habe er mitgenommen, dass die Tierheime in die Jahre gekommen seien und es deswegen dieses Programm für Baumaßnahmen gebe. Zum einen seien die Tierheime in die Jahre gekommen, auch die Standards seien über die Jahre gewachsen. Es sei wichtig, den Tierheimen ein Förderprogramm an die Hand zu geben. Er habe damals die Übersicht studiert und habe gesehen, 750.000 Euro würden Jahr für Jahr eingestellt, abgerufen würden zwischen 370.000 Euro und 560.000 Euro.

Er habe eine Rückmeldung aus einem Tierheim aus dem eigenen Wahlkreis bekommen, die er auf dieses Förderprogramm verwiesen habe. Die Geschäftsführerin habe ihn angerufen und gesagt, sie lasse es sein, das bekomme sie nicht ausgefüllt, das sei zu komplex. Sie müsse da Sachen beibringen, von denen sie gar nicht wüsste, woher sie die nehmen solle.

Jetzt heiße es hier, es handele sich nur um sieben Seiten, der Rest wären erläuternde Deckblätter. Da stehe ein Deckblatt, dann heiße es, im Folgenden füge ich bei: drei Angebote, eine Aufrisszeichnung. Viele wüssten, über welche Träger man da rede. Das seien keine „Dickschiffe“, die das mal in die Abteilung „Förderung“ weitergeben könnten, die fünf Kollegen kümmerten sich dann darum.

Er bitte zu gucken, wie man den Abfluss hinbekomme, weil er die Wichtigkeit dieses Fördertopfes weiterhin sehe, vor allen Dingen, wenn er höre, dass in den sieben Jahren nur 23 Träger und 25 Baumaßnahmen gefördert worden seien, also fünf Baumaßnahmen pro Jahr – und das bei über 100 Tierheimen und 140 Vereinen, die man in Nordrhein-Westfalen habe. Da gebe es eine große Lücke.

Er vermute, dass die 23 Träger, die zum Teil mehrfach Fördermittel beantragt hätten, wahrscheinlich die „Dickschiffe“ der Branche seien, die die Beantragung problemlos bewerkstelligen könnten. Als Mithaushaltsgesetzgeber halte er es für wünschenswert, dass diese Mittel abgerufen würden. Das sei ja nicht der Fall. Stand 1. August: Von 637.000 Euro sei noch über eine halbe Million Euro übrig. Im vergangenen Jahr seien es noch mehr gewesen, da seien von 750.000 Euro noch fast 680.000 Euro übriggeblieben. Das tue weh, wenn sich doch alle einig seien – er erbitte um Rückmeldung aus der Fachebene –, dass es Bedarf gebe.

Wenn es diesen Bedarf gebe und man sich da einig sei, dann sollte man einen Weg finden, wie das Geld auch verbaut werden könne. Er vermute, es liege am Förderantrag.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) stellt heraus, alle wüssten, wie wichtig die Tierheime seien, wie überlastet sie auch in der Post-Corona-Zeit seien. Die ersten Tierheime müssten Aufnahmestopps für Tiere verkünden, weil sie sowohl von den Räumen her als auch hinsichtlich der personellen Kapazitäten nicht mehr in der Lage seien, die Arbeit auszuführen, die zum Teil auch im Ehrenamt gemacht werde. Dann zu lesen, dass Mittel da seien und nicht abgerufen würden, tue einem schon weh – da gebe er Herrn Schneider recht.

Er frage, ob dem MLV weitergehende Informationen vorlägen, warum die Mittel nicht so abgerufen worden seien, ob es daran liege, dass im Ehrenamt ein solcher Antrag, der als nicht zu aufwendig beurteilt werde, von kleineren Einrichtungen nicht bewerkstelligt werden könne, ob es vielleicht noch andere Gründe gebe. Er nehme an, dass das MLV in turnusmäßigen Sitzungen mit den Tierheimen den Austausch pflege und erfahre, wo der Schuh drücke, welche Verbesserungen möglich seien. Ihn interessiere, ob es aus diesen Sitzungen Hinweise gebe, wie seitens der Politik, auf welcher Ebene auch immer, Verbesserungen vorgenommen werden könnten, um die Mitarbeiter*innen, die Ehrenamtlichen als auch die Angestellten unterstützt werden könnten, damit die wichtige Arbeit auf eine vernünftige Basis gestellt werde.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) schickt voraus, ihrem Haus sei die Unterstützung der Tierheime sehr wichtig. Was in den Tierheimen geleistet werde, sei enorm. Sie sei selber regelmäßig in Tierheimen vor Ort, insbesondere wenn Förderbescheide übergeben werden könnten, weil es wichtig sei, dass man die ins Schaufenster stelle und darauf aufmerksam mache, was alles in den Tierheimen passiere, in welcher Drucksituation sie sich befänden. Nun müsse sehen, wie es denen vor Ort gehe, wo die Problemlagen lägen. Bei denjenigen, die die Fördermittel in Anspruch genommen hätten, werde auch nachgefragt, wie sie das Antragsverfahren bewerkstelligt hätten und die zugrunde liegenden Richtlinien bewerteten.

Die Tierheime seien unterschiedlich strukturiert, manchmal seien es kleinere, manchmal größere. Die Leiterinnen und Leiter hätten ihr gesagt, es sei alles gar nicht so wild, die Dinge zu beantragen. Es sei gut gelaufen, bei Fragen habe man anrufen können. Vieles sei recht einfach, sie hätten sich nicht überfordert gefühlt.

Sie nehme folgende Punkte wahr: Man habe auch mit vielen Ehrenamtlern im Bereich der Tierheime zu tun. Sie hätten so viel Arbeit, dass sie kaum noch Luft hätten. Die Tierheime seien rappellvoll. Kein Tierheim würde sagen, es könne unproblematisch noch Tiere aufnehmen, weil sie oft schon voll mit beschlagnahmten Tieren seien, wo sie ewig lange Zeiten hätten, weil die Gerichtsverfahren andauerten. Das alles mache einen hohen prozentualen Anteil an Tieren aus, die auch nicht vermittelt werden könnten und so lange festsäßen.

Dann sei es so, dass viele Menschen ihre Tiere abgegeben hätten. Zu Coronazeiten hätten sich viele Tiere angeschafft, ohne zu überlegen, was passiere, wenn sie wieder richtig arbeiten gehen müssten. Da seien viele Tiere in den Heimen gelandet. Viele Menschen würden auch kranke und alte Tiere abgeben. Sie erklärten, sie könnten die Tierhaltungskosten nicht mehr stemmen. Das sei auch neu dazugekommen. Mitarbei-

terinnen und Mitarbeiter wüssten manchmal vor lauter Arbeitsleistung nicht weiter. Sie hätten zu tun mit den gestiegenen Energiepreisen, es gebe hohe Futtermittelkosten, die Tierarztkosten seien gestiegen. Dann kämen die baulichen Geschichten on top. Die Tierheime seien oft ein Flickwerk. Man habe hier und da etwas angebaut. Die Tierheime seien in die Jahre gekommen. Das sei alles sehr aufwendig. Die hygienischen Bedingungen könnten besser sein. Alles sei schwer sauber zu halten.

Wer sich mit den Tierheim-Mitarbeitern unterhalten habe, wisse das, kenne die vielen Herausforderungen. Da, wo es laufe, stelle sie fest, dass oft Ehrenamtler in den Tierheimen arbeiteten, die zum Beispiel Buchhaltung gelernt hätten. Da seien pensionierte Beamte, Menschen, die leicht mit Behördengängen umgehen könnten, Menschen, die Antragsverfahren sehr schnell begreifen würden, das umsetzen könnten und auch keine Scheu hätten. Das sei auch ein Dreh- und Angelproblem. Selbst da, wo es einfache Antragsverfahren gebe, hätten angesichts der Belastungen im Ehrenamt insbesondere Menschen, die eine andere Ausbildung hätten, Schwierigkeiten oder Hemmungen, diese Anträge zu stellen, wobei man im Ministerium viel Wert darauf lege, dass man sich melden könne und unterstützt werde.

Sie bekomme oft auch die Rückmeldung von den Bürgermeistern, denn für die Kommunen seien die Tierheime wichtige Anlaufstellen. Die Tierheimen fielen in die Zuständigkeit der Kommunen. Das Land sei originär nicht zuständig. Man wolle aber an der Stelle auch helfen. Das treibe an. Es sei wichtig, dass die Gelder, die eingestellt würden, auch abfließen. Sie wünsche sich auch, dass die Tierheime so weiter gefördert werden könnten, wie es bislang geschehen sei.

Die Bau-Förderrichtlinie sei in diesem Jahr noch einmal bis Ende 2027 verlängert worden, um mehr Zeit nach hinten zu schaffen und die grundsätzliche Unterstützung fortzuführen. Die Tierheime sagten auch, wenn sie jetzt bauen wollten: Die Baukosten seien so durch die Decke gegangen, dass die Kosten, die von den Kommunen mit übernommen werden müssten, zu hoch seien. Sie seien im Moment zurückhaltend, solche Anträge zu stellen. Da sei man wieder bei dem Thema, dass die Leute sagten, sie würden lieber erst einmal abwarten.

Mancher Bürgermeister habe ihr auch gesagt, eigentlich müsste man komplett neu bauen, größer bauen, anders bauen. Wenn man jetzt wieder anfangen, etwas anzubauen, dann helfe das auf Strecke nicht. Das sei auch mittlerweile ein großes Problem bei den Tierheimen. Bei den Tierheimen kämen aktuell viele Probleme zusammen. Sie sagten, da gebe es Dinge, die besonders wichtig seien, um sie zu entlasten. Da gebe es etwa die Kastrationsförderung bei den Katzen.

Die Fördergelder in den Jahren 2022 und 2023 würden aus den genannten Gründen nur sehr träge abfließen. Das sei vorher anders gewesen. In der Berichtsanhfrage werde vermutet, dass das vielleicht mit zu hohen formalen Hürden zusammenhängen würde, die ein Stück weit abgebaut werden müssten, um es zu vereinfachen. Da werde immer aktiv nachgefragt, auch bei den Besuchen, im direkten Austausch. Da werde ihr etwas anderes geschildert. Herr Schneider habe eine andere Info von einem Tierheim aus seinem Wahlkreis bekommen. Da wäre es gut, wenn sich die Betroffenen beim Ministerium melden würden, auch bei der Tierschutzbeauftragten oder auch in

der Fachabteilung, damit da Unterstützung gegeben werde, wenn es Nachfragen gebe. Oft gebe es Hemmungen, sich damit zu befassen. Sie bitte, den Betroffenen zu sagen, dass sie sich im Hause melden sollten.

LMR'in Dr. Sylvia Heesen (MLV) erklärt, das Ministerium sei besorgt, dass die Mittel nicht abgerufen würden. Es habe den Einbruch ab 2022 gegeben. Das führe man zurück auf die Energiekrise, den Ukraine-Krieg, auf die Tatsache, dass über 90 % der Tierheime in ehrenamtlicher Trägerschaft geführt würden, angegliedert an Tierschutzvereine in Nordrhein-Westfalen. Sie glaube nicht, dass es die Frage einer zu hohen Bürokratie bei der Antragsstellung sei. Sie gehe eher davon aus, dass keine Bereitschaft bestehe zu investieren. Viele Tierheime seien in alten Bauernhöfen, privat zu Hause untergebracht. Das seien Einrichtungen mit tierschutzrechtlichen Erlaubnissen. Da könne man baurechtlich nicht ohne Weiteres umbauen, anbauen.

Die Tierheime hätten kein Personal. Es sei schwierig, ehrenamtliche Leute zu finden, die sich um die Tiere kümmern. Auch wenn man jetzt anbaue, um die Kapazität zum Beispiel um 50 Hunde zu erhöhen, dann habe man zum Teil hinterher keine Leute, um die Tiere zu versorgen. Es gebe viele Gründe, warum im Moment nicht um- und angebaut werde, um mehr Kapazitäten zu schaffen.

Die Tierschutzbeauftragte Frau Dr. von Dehn habe andere Notlösungen, Fördermöglichkeiten geschaffen, insbesondere die Energiekostenpauschale in Höhe von bis zu 45.000 Euro, die mit gefördert werde, um den Tierheimen in der Not zu helfen und zu hoffen – deswegen sei die Förderrichtlinie für Baumaßnahmen bis Ende 2027 verlängert worden, man sehe den Sanierungsbedarf –, dass die ehrenamtlichen Tierschützer irgendwann wieder bereit seien zu investieren, um neue Möglichkeiten zur Unterbringung von Tieren zu schaffen. Wenn das nicht der Fall sei – das sei die Prämisse –, werde man im Laufe des Jahres 2027 erneut nach Lösungen suchen müssen. Auch seien noch andere Fördermaßnahmen geplant, um die Tierheime zu entlasten.

RB'e Dr. Gerlinde von Dehn (Landesbeauftragte für den Tierschutz) merkt an, die Energiekostenunterstützung laufe sehr gut. Das sei sehr unbürokratisch. Es seien Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt worden. Jetzt gebe es einen weiteren Schwung. Es zeige sich: Genauso heterogen wie die Landschaft der Tierheime sei, so heterogen seien auch die Probleme der Tierheime.

Sie habe bei der Energiekostenpauschale nachgefragt, wo denn, zumindest bei den Tierheimen, die Anträge eingereicht hätten, genau die Probleme lägen. Sie habe zum Teil Zahlen bekommen, die sie vorher nie gehabt habe. Es sei schwierig, von den Tierheimen exakte Zahlen zu bekommen, um deren Probleme spezifisch zu beurteilen und entsprechende Maßnahmen herzustellen. Alle sprächen nur von Vermutungen.

Durch die Energiekostenunterstützung, durch die Billigkeitsrichtlinie seien viele Tierheime gewillt, Anträge zu stellen. Wenn sie die Tierheime besuche, versuche sie immer, sie zu sensibilisieren und darzustellen, warum man Zahlen brauche, um auch gezielt zu unterstützen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

Frau Dr. Hessen habe die projektbezogene Tierheimförderung angesprochen. Es sei überlegt worden, welche Projekte man fördern könne. Jetzt sei man auf der Suche, wie man diesen Weg weiter beschreiten könne, damit bestimmte Dinge wie zum Beispiel die Resozialisierung von Tieren in Angriff genommen werden könnten. Frau Ministerin habe sie „Langzeitinsassen“ genannt. Davon gebe es eine ganze Menge, in einigen Tierheimen mehr als in anderen Tierheimen. Das führe auch dazu, dass die Projektplätze in den Tierheimen immer rarer würden. An dieser projektbezogenen Tierheimförderung werde weitergearbeitet. Sobald da ein Programm vorliege, werde man natürlich den Ausschuss informieren.

14 Wann ist die geplante Reform der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung abgeschlossen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 6])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1483

Inge Blask (SPD) führt aus, einige der Ausschussmitglieder seien bereits wie sie zehn Jahre im Landtag Nordrhein-Westfalen. Die Zusammenlegung der Schuldner- und Insolvenzberatung sei ihr so lange schon ein Herzensthema. Die rot-grüne Landesregierung habe es beschlossen. Dann habe es einen Antrag von Schwarz-Gelb im April 2021 gegeben. Sie frage sich, was zwischen April 2021 und Mai 2022 an der Stelle im Ministerium passiert sei. Jetzt habe es einen Koalitionsvertrag gegeben. Es solle wieder mit dem Thema begonnen werden. Sie frage sich wieder, wie lange das noch dauere. Sie sei sehr enttäuscht, wie schwierig es sei, Ministerialbürokratie in Arbeit zu versetzen, dass dort auch Strukturen verändert würden. 10 Jahre sei sie an dem Thema schon dran. Es sei nichts passiert.

Dann wüsste sie gerne, welche Abstimmungsprozesse es innerhalb der Landesregierung gegeben habe, mit welchen Ressorts gesprochen worden sei, um das sogenannte Eckpunktepapier auf den Weg zu bringen. Des Weiteren würde sie interessieren, welches Modell, welche Alternativmodelle sich die Landesregierung vorstellen könne. In dem Bericht werde erwähnt, dass es verschiedene Modelle geben könnte. Sie frage, was konkret weiter geplant sei. Die Ministerialbürokratie habe zehn Jahre in dieser Situation verharret. Sie wisse nicht, wie man das Thema weiter anschieben könne. Sie bitte die Ministerin, dieses Thema mit ins Kabinett zu nehmen. Man bekomme den Eindruck, dass man an diesem Thema nicht arbeiten wolle.

MR'in Regina Vogel (MKJFGFI) erklärt, sie verstehe die Ungeduld. Sie sei noch nicht so lange in dem Bereich tätig wie Frau Blask. Sie setze sich sehr für das Thema ein, insbesondere für die Zusammenlegung. Dazu habe das Ministerium auch schon berichtet. Es hätten Arbeitsgruppen zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und der Verbraucherzentrale getagt. Es gebe den Entwurf eines Papiers, der an einer Stelle hake, nämlich genau an der Frage, wie man das konkret mit welchen Instrumenten umsetzen könne.

Das Papier sei bezüglich der Fachlichkeit speziell mit den Kollegen vom Verbraucherschutzministerium abgestimmt worden. Es gebe bei der Frage, in welche Form man die Umsetzung gieße, noch Diskussionen mit dem Finanzministerium. Da ähnelten sich die Bilder, wie man es in Bayern auch gesehen habe. Am Ende habe sich der Prozess an der Frage der konkreten finanziellen Regelung aufgehängt. Da sei man in der finalen Phase, was die Abstimmung angehe. Dann werde man auch in die Umsetzung gehen.

Natürlich sei es ein sehr wichtiges Thema. Man sei sehr froh, wenn man es schaffe, Verbraucherinsolvenzberatung und Schuldnerberatung vor Ort zusammenzubinden,

wodurch der hohe Verwaltungsaufwand, der durch die unterschiedlichen Abrechnungen notwendig sei, entfalle.

In der Zwischenzeit habe man viel getan, um die schwierige Situation der Insolvenzberatungsstellen ein Stück weit aufzufangen. Das könne man auch dem Bericht entnehmen. Unter anderem hätten die Stellen die Möglichkeit, eine Energiepauschale aus dem Sondervermögen zu beantragen. Das Programm sei im April aufgelegt worden. Es sei bereits vollständig abgewickelt, habe digital beantragt werden können. Für das kommende Jahr sei die Pauschale von 56.000 Euro pro VZE auf 59.000 Euro erhöht worden. Das unterstütze die Beratungsstellen. In diesem Jahr werde wieder eine Fachtagung durchgeführt, die sich mit der Frage der Zusammenlegung beschäftige. Auch da sei man im Austauschprozess mit den Verbänden.

Mit der Verbraucherzentrale zusammen sei schon vor längerer Zeit ein Projekt aufgelegt worden, das sich mit dem Pfändungsschutzkonto beschäftige, das nach einer ersten Entwicklungsphase jetzt umgesetzt werde. Man bemühe sich sehr, die Struktur mit vielen Instrumenten zu stärken. Aber die Frage der konkreten Umsetzung in die Flächen, was die konkrete Regelung angehe, brauche etwas Zeit. Das Ministerium arbeite auf jeden Fall seit Längerem daran und werde hoffentlich bald fertig.

15 Schließung des Düsseldorfer Großmarktes – wie will Landesregierung die weitere Vermarktung von Regionalprodukten sichern? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 7])*

Bericht
Landesregierung
Vorlage 18/1449

René Schneider (SPD) meint, hier gehe es um einen wichtigen Punkt für die Lebensmittelversorgung in Nordrhein-Westfalen. Jetzt könne man ihm vorwerfen, das sei polemisch, er übertreibe. Er wisse nicht, ob die Abgeordneten die Resolution des EU-Parlamentes kennen würden mit dem Titel „Gewährleistung der Ernährungssicherheit und der langfristigen Widerstandsfähigkeit der EU-Landwirtschaft“. Die Resolution sei vor zwei Monaten im EU-Parlament verabschiedet worden. Da würden Einrichtungen wie der Großmarkt in Düsseldorf als kritische Einrichtungen gewürdigt, die für die Versorgungssicherheit und Widerstandsfähigkeit der Lebensmittelversorgung eines Landes wichtig seien. Insofern habe seine Fraktion danach gefragt, wie die Landesregierung die Bedeutung der Großmärkte sehe.

Nun werde er aus dem Bericht nicht ganz schlau. Es werde gesagt, es gebe Digitalisierung, der Picnic komme. Es gebe alternative Vermarktungswege, u.a. auch Märkte. Alles sei nicht so schlimm. Nun sei es so, dass sich auch ein Wochenmarkt aus Großmärkten speise. Es gebe noch acht Großmärkte in NRW, Düsseldorf schließe. In Westblick bei WDR 5 habe er gestern hören können, dass Köln Ende 2025 dran sei. Dann habe man nur noch sechs Großmärkte, Tendenz sinkend. Er glaube, dass das zu einem Problem bei der Versorgung mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen werden könne, einerseits auf der Verbraucherseite, andererseits auch auf der Produzenten-seite, weil sich Märkte verschlössen, die dann nicht mehr da seien.

Den Bericht nehme er so zur Kenntnis, appelliere aber an die Landesregierung, sich mit dieser Frage zu beschäftigen, ob man auf das System der Großmärkte verzichten wolle. Wenn man es so laufen lasse, wie es im Moment laufe, werde es sich irgendwann erledigt haben. Oder man sage ähnlich, wie es das EU-Parlament tue, nein, solche Großmärkte seien wichtig für die Versorgungssicherheit der Bevölkerung.

Seine Fraktion werde das Thema sicherlich in der einen oder anderen geeigneten Art und Weise wieder aufrufen. Wenn die Tendenz bleibe, dann steuere man auf null Großmärkte zu. Er glaube, dass das nicht der richtige Weg sein könne, gerade wenn man das alles befördern wolle, was in der Vorlage zum Ausdruck komme, nämlich eine regionale Versorgung, die oft über den Umweg Großmarkt laufe.

Ministerin Silke Gorißen (MLV) stellt heraus, der Landesregierung sei es sehr wichtig, dass man die regionalen Produkte hier gut vermarkten könne. Sie sehe, dass sich da etwas verändere. Die Wertschätzung für regionale Produkte werde immer größer, die Sensibilität finde man in der Bevölkerung auch. Der Landesregierung sei sehr daran gelegen, das weiterhin zu unterstreichen und zu fördern. Man habe die Vermarktungs-

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

strukturen, die man in Nordrhein-Westfalen vorfinde, sehr gut im Blick. Auch sei bekannt, welche alternativen Vermarktungsstrukturen sich in den letzten Jahren entwickelt hätten, die den Großmarkt ein Stück weit ersetzen, ablösen würden. Wichtig sei auch, dass die Bevölkerung zuverlässig versorgt werde, dass die hiesigen Landwirte ihre hier erzeugten Produkte gut am Markt unterbringen könnten.

Natürlich seien Großstädte wichtige Umschlagplätze – das sei keine Frage – für die regional erzeugten Produkte. Sie sehe auch, dass es vielfältige Vermarktungsstrukturen über Großhändler, Wochenmärkte, auch über Direktvermarkter gebe. Auch dieser Bereich wachse stark. Es finde auch ein regelmäßiger Austausch mit den landwirtschaftlichen Verbänden statt, die ihre Vorstellungen und Pläne vorstellten, die regionalen Produkte an den Markt, an den Verbraucher zu bringen. Sie sehe nicht die Gefahr, dass es durch die Schließung des Großmarktes in Düsseldorf so weit komme, dass die regionalen Erzeugnisse nicht mehr in Richtung Verbraucher gelangen würden.

Fest stehe, dass sich die Welt da ein Stück weit verändert habe. In dem Bericht stehe, dass das Oberverwaltungsgericht im Juni sein Urteil verkündet habe, wonach die vom Stadtrat Düsseldorf beschlossene Schließung des Großmarktes zum Ende des Jahres 2024 rechtmäßig sei. Damit müsse man jetzt umgehen. Seit vielen Jahren würden erfolgreiche Fördermaßnahmen zur Stärkung der regionaler Vermarktung und zur Realisierung regionaler Wertschöpfung angeboten, die speziell auf die Erzeugung, den Absatz und die Verarbeitung der regionalen Produkte abzielten. Da seien viele vorzeigbare Regionalvermarktungsinitiativen und Marktstrukturen neu entstanden. Das heiße, es gebe eine Palette an neuen Strukturen. Neue Ideen im landwirtschaftlichen Raum würden zeigen, dass weitere Strukturen aufgebaut würden, um insbesondere die regionalen Produkte zu den Verbrauchern zu bringen.

Dr. Ralf Nolten (CDU) ist in dem Bericht über den Satz gestolpert: „So existieren hier im Land noch insgesamt acht Großmärkte, verteilt auf die Ballungszentren, in denen nicht ausschließlich regionale Ware vertrieben wird.“ Nun sei er einige Male auf dem Großmarkt in Köln gewesen und habe gesehen, dass neben regionalen Produkten dort zu drei Vierteln internationale Ware vertrieben werde. Dann komme noch die Versorgung aus anderen Obst- und Gemüsestandorten in der Bundesrepublik hinzu. Wenn er auf der anderen Seite sehe, wie sich der Roßdorfer Markt entwickelt habe – Landgard etc. –, dann habe man mittlerweile ganz andere Strukturen. In Köln laufe die Debatte um die Verlagerung auf die grüne Wiese, weil im innerstädtischen Bereich noch andere Begehrlichkeiten seien, schon seit 15 Jahren.

Wenn man sich die anderen Entwicklungen angucke, müsse man überlegen, welche Standards heute für derartige Großmärkte gefordert seien, und ob das Invest da noch lohne. Natürlich würden dort auch regionale Waren vertrieben. Dafür gebe es auch andere Märkte wie Landgard, die das in bester Weise auch in räumlicher Nähe machten. Ob man Düsseldorf oder Bonn nehme: Das sei für die Logistik, für die Netzwerke bei den Autobahnen keine Entfernungen. Früher habe man noch Kühl- und Reifehäuser entsprechend gebraucht. Das mache man jetzt in Hamburg in den großen Bananereifereien oder anderswo. Selbst die seien heute schon ein Stück weit entbehrlich.

Er sei über die Formulierung gestolpert, weil das signalisiere, das Gros wären da regionale Produkte. Es sei nun einmal eher der kleinere Teil, der in den Regionalmärkten umgesetzt werde.

Die Tatsache, dass keiner von den Händlern protestiere: Wenn es wirklich so sinnvoll wäre, dann müsste man ja auch einen eigenen Investitionsvorschlag machen. Zu fordern, die Kommune müsse da jetzt eine Halle hinsetzen, könne auch nicht richtig sein. Das stecke aber hinter der Diskussion, die da ablaufe. Die Überlegungen in Köln liefen schon seit 15 Jahren. Wenn da Ende 2025 beschlossen werde, dann sei das auch das Ergebnis von 15 Jahren Diskussion.

René Schneider (SPD) erwidert, die gleiche Diskussion könne man über Computerchips führen, die gleiche Diskussion könne man über Solarmodule führen, die gleiche Diskussion über viele andere Dinge, wo man irgendwann gesagt habe, es lohne sich nicht, die Waren nähmen andere Wege, das sei nicht wichtig, um es dann, Jahrzehnte später, wieder neu aufzubauen in der Erkenntnis, es sei falsch gewesen, das nicht in der Hand zu behalten. Er sei froh, dass man hier die Diskussion anfangen. Sowohl Frau Ministerin als auch Kollege Nolten sagten, es sei so, wie es sei, man könne es nicht ändern.

Diese Schließungen – das sei deutlich geworden – seien nicht das Ergebnis wirtschaftlicher Erfolglosigkeit, sondern der Standortbedingungen. Der Großmarkt sei nicht vor die Wand gefahren, weil es mangelndes Interesse gebe, weil er kein Umschlagplatz wäre. Man müsse doch im Sinne der Landwirtinnen und Landwirte überlegen, ob das nicht ein zusätzlicher wichtiger Kanal neben allem anderen, was Ministerin Gorißen zu Recht geschildert habe, für Empowerment, für die Möglichkeit sei, dem Lebensmitteleinzelhandel zu sagen, er sei nicht der Einzige, der die große Ernte abnehmen könne.

Er rede nicht von demjenigen, der in Direktvermarktung kleine Ernten über die Hoftheke schieben könne. Um die gehe es gar nicht. Er könne sich nicht vorstellen, wie eine Direktvermarktung aussehen solle bei großen Partien, ohne solche Großmärkte beispielsweise.

Wenn man diesen alternativen Kanal irgendwann nicht mehr habe oder der nächste so weit weg sei, dass man ihn kaum bedienen könne, weil man beispielsweise vom Niederrhein aus weder nach Düsseldorf noch Köln fahren könne, dann sei man auf Landgard oder den Lebensmitteleinzelhandel angewiesen. Da stelle er die Frage, ob man das im Sinne einer starken Landwirtschaft wolle, die noch die Wahl habe, selber große Partien anbieten zu können. Das werde man sicherlich heute kurz nach 18:00 Uhr nicht klären können. Scheinbar müsse diese Diskussion geführt werden, weil auch im Falle von Köln die IHK laut trommele – nicht der Landwirtschaftsverband – und den wirtschaftlichen Effekt dieses Marktes und die Versorgungssicherheit sehe. Das seien nicht nur Träumer, Phantasten und irgendwelche Nutzer von diesem Markt, die sagten, er sei wichtig.

Auch die EU definiere ganz klar, Großmärkte seien kritische Infrastrukturen. Da könne man wegschauen. Man werde dann aber genauso wie bei Chipfabriken irgendwann

teuer von außen einkaufen, damit es wieder funktioniere. Besser wäre es, jetzt zu reagieren.

Dr. Gregor Kaiser (GRÜNE) ist dankbar, dass diese Frage hier aufgeworfen werde und dass der Bericht vom Ministerium vorgelegt worden sei. Er würde Herrn Schneider recht geben, dass man sich überlegen müsse – deswegen werde immer wieder über regionale Produktion, regionale Wertschöpfung diskutiert –, wie die Produkte zu den Menschen kämen. Gleichzeitig sei auch die Frage, wie internationale Produkte im Land verteilt würden. Über diese Punkte müsse man sich Gedanken machen. Wie das im konkreten Einzelfall sei, welche Gründe dazu geführt hätten, dass die konkrete Schließung jetzt komme, dass kein Vertrag zustande gekommen sei, entziehe sich seiner Kenntnis. Das könne er überhaupt nicht beurteilen.

Richtig sei sicherlich, dass sich Marktstrukturen veränderten. Herr Schneider wisse das genauso gut wie er. Verteilerzusammenhänge hätten sich geändert. Vor 30 Jahren habe es noch keine Ernährungsräte, noch keine solidarische Landwirtschaft, keine Marktschwärmer gegeben, wie die Gruppierungen alle hießen. Richtig sei, das im Blick zu behalten.

Wenn sich über die kommenden Jahre zeige, dass von acht vorhandenen Märkten nur noch ein oder zwei übrig blieben und welche Auswirkungen das habe, spätestens dann sei es gut, dass man heute angefangen habe, sich damit zu beschäftigen, um als Land schauen zu können, welche Maßnahmen ergriffen werden sollten, um dem entgegenzuwirken, um resiliente Strukturen aufrechtzuerhalten, die sowohl den Produzentinnen als auch den Konsumentinnen und Konsumenten zugutekämen.

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
19. Sitzung (öffentlich)

16.08.2023
sd-yö

16 Verschiedenes

Minister Oliver Krischer (MUNV) teilt mit, dass es in Wuppertal einen Legionellenausbruch gebe, bisher 12 Fälle. Es gebe weitere Fälle in Essen und Düsseldorf. Die Quelle sei nicht bekannt. In Wuppertal komme eine Reihe von Strukturen infrage. In der Umgebung gebe es 32 Betriebsstätten mit Verdunstungskühlanlagen. Das örtliche Gesundheitsamt sei zusammen mit dem LANUV dabei, die Quelle zu ermitteln. Aus vergleichbaren Fällen sei bekannt, dass das unter Umständen eine große öffentliche Aufmerksamkeit erzeuge, auch stehe die Frage weiterer Infektionen im Raum, da habe man eine Inkubationszeit von drei bis 10 Tagen mit entsprechenden Untersuchungen.

Da sei man jetzt mit einer Situation konfrontiert, die die Fachleute aus dem LANUV in Anspruch nehme. Er wolle den Ausschuss darüber in Kenntnis setzen. Vielleicht lasse es sich schnell identifizieren. Im Moment herrsche eine gewisse unklare Situation über die Ursache. Das werde sicherlich die eine oder andere Nachricht in der nächsten Zeit auslösen.

gez. Dr. Patricia Peill
Vorsitzender

7 Anlagen

03.11.2023/09.11.2023



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt,
Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume
Frau Dr. Patricia Peill
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

René Schneider MdL
Sprecher für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

T 0211.884-43 63
F 0211.884-32 28
rene.schneider@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion-nrw.de

14.08.2022

Beantragung einer Aktuellen Viertelstunde für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 16. August 2023 mit dem Titel „Finanzielle Sorgen um die Internationale Gartenschau 2027: Was unternimmt die Landesregierung?“

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

wie die Zeitungen der Funke Mediengruppe in ihren Ausgaben vom 14. August 2023 berichten, bestehen finanzielle Sorgen um die Internationale Gartenschau 2027 im Ruhrgebiet.¹ Offenkundig kann die IGA 2027 aufgrund von Inflation und Fachkräftemangel nicht wie geplant stattfinden. Das lässt auch der Staatssekretär Josef Hovenjürgen gegenüber den Funke-Zeitungen verlautbaren, bleibt bei konkreten Folgen aber im Ungefähren.

Am Wert einer erfolgreichen IGA 2027 für das Ruhrgebiet und damit für ganz Nordrhein-Westfalen kann es eigentlich keinen Zweifel geben. Es handelt sich hier um das größte Langzeitprojekt für die Region seit der Kulturhauptstadt 2010. Diese hat dem Ruhrgebiet eine enorme Strahlkraft gegeben. Gleichsam geht es bei der IGA um weit mehr als Imagefragen. Die IGA 2027 soll ebenso aufzeigen, wie der Ballungsraum

¹ <https://www.nrz.de/politik/landespolitik/sorge-um-iga-im-ruhrgebiet-mega-gartenschau-muss-abspecken-id239151009.html>



Ruhrgebiet dem Klimawandel begegnen kann. Dieses Thema wird in den kommenden Jahren immer drängender werden.

Umso erstaunlicher ist es, dass sich die Landesregierung presseöffentlich darauf beschränkt, die Erwartungen an die IGA zu dämpfen und auf bestehende Finanzausgaben zu verweisen. Für diese ist das Ministerium für Landwirtschaft und Verbraucherschutz zuständig.

Eine Reihe an Fragen, die sich durch die Finanzsorgen um die IGA 2027 stellen, bleiben in den Äußerungen der Landesregierung allerdings unbeantwortet. Welche Einschränkungen erwartet die Landesregierung bei der IGA 2027 nach aktuellem Stand konkret? Wie bewertet die Landesregierung die presseöffentliche Warnung vor einem Aus der IGA 2027? Kann die IGA 2027 mit weiterer Unterstützung des Landes rechnen? Und welche politische Priorität misst das Land einer erfolgreichen IGA 2027 noch bei?

Vor diesem Hintergrund beantragen wir eine Aktuelle Viertelstunde in der anstehenden Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 16. August 2023. Dabei besteht ein großes öffentliches wie parlamentarisches Interesse, die in der Presse aufgeworfenen Fragen zur Zukunft der IGA 2027 rasch zu klären.

Mit freundlichen Grüßen

René Schneider MdL



AKTUELLES AUS DER VERBRAUCHERZENTRALE NRW

Landtagsausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume

*Wolfgang Schuldzinski, Vorstand
Düsseldorf, 16. August 2023*

Kennzahlen zum 1. Halbjahr 2023



Rund 190.000

Verbraucheranliegen, insb. in den Beratungsstellen



477

Online-Veranstaltungen



Fast 64.000

Rechtsberatungen und -vertretungen



Über 1.500

Beantwortete Presseanfragen



41

eingeleitete Klage- und Abmahnverfahren

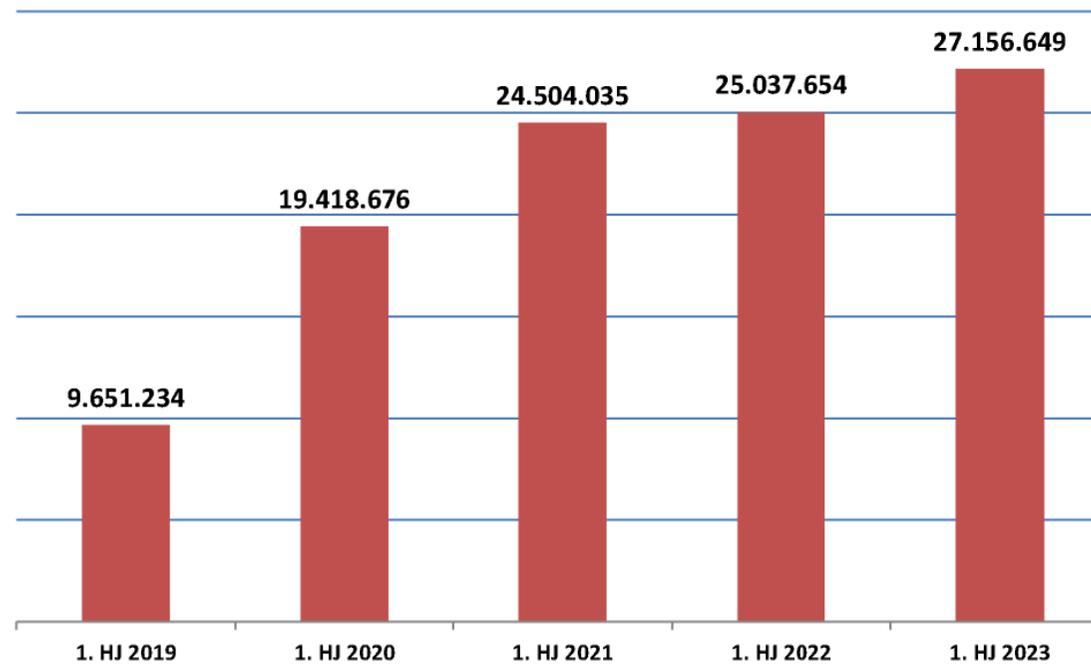


83.000

Teilnehmende bei Veranstaltungen (analog und digital)

Online-Zugriffe

Summe der Besuche auf *verbraucherzentrale.nrw*, NRW-Projektseiten, *verbraucherzentrale.de*
jeweils im ersten Halbjahr



➔ u. a. 1,3 Mio. Downloads von Musterbriefen, interaktiven Tools und Checklisten

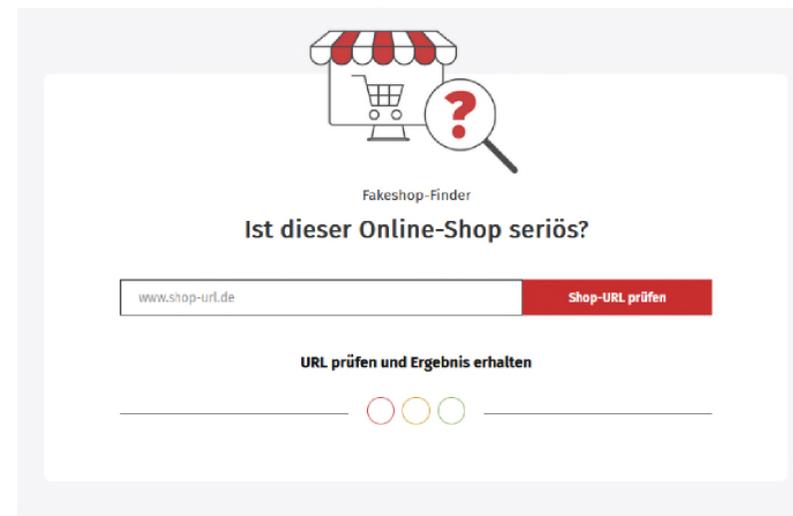
Beispiel für erfolgreiches Online-Tool: Der Fakeshop Finder

Bisher 1,13 Mio. untersuchte Domains, davon:

- ca. 150.000 Shops im DACH-Raum
- 38.304 davon Fakeshops
- zusätzlich 18.640 Fakeshop-Zubringerdomains

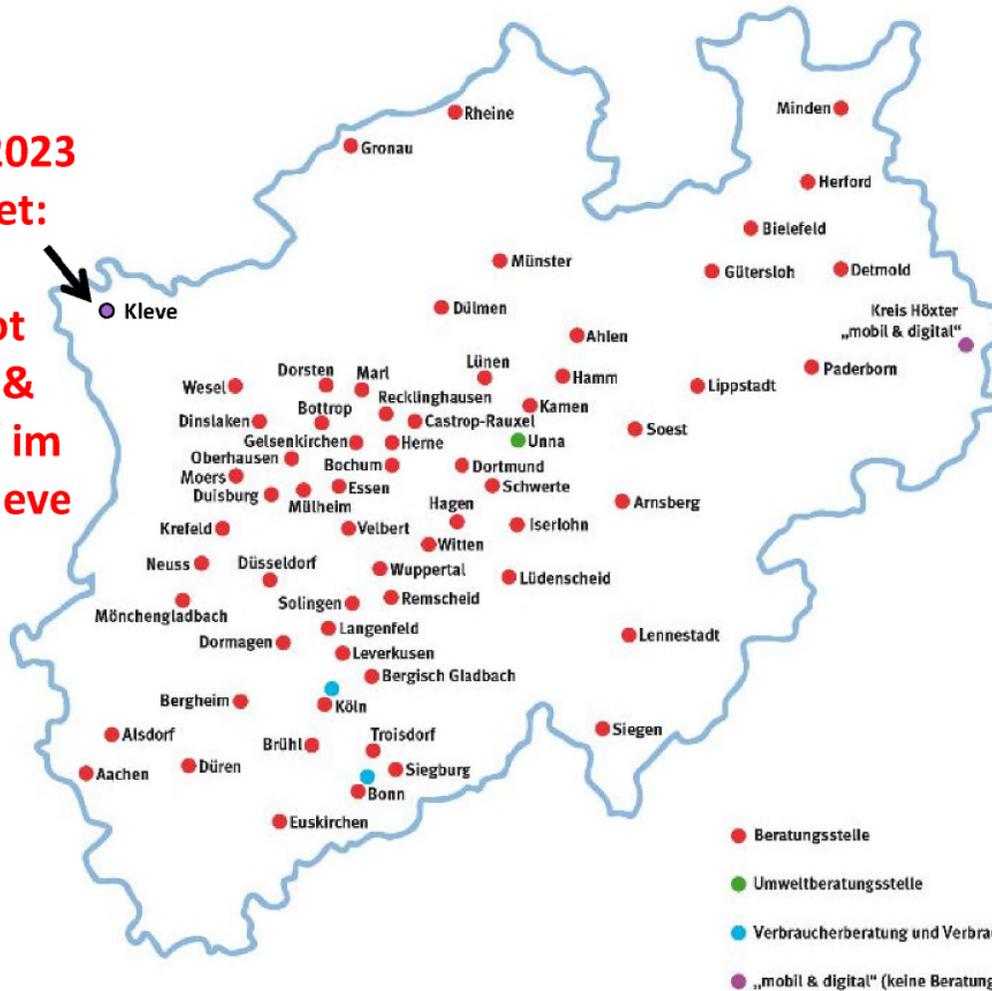
Im Durchschnitt 2023:

- 2.023 neu erkannte Fakeshops pro Monat
- 112.000 Website-Aufrufe pro Monat
= ca. 3.700 pro Tag
- 114.000 abgefragte Shop-URLs pro Monat
= ca. 3.800 pro Tag



Das Netz der VZ-Beratungsstellen

**Am
1. Juli 2023
gestartet:
Neues
Angebot
„mobil &
digital“ im
Kreis Kleve**



**Aktuell:
64 Beratungsstellen
in NRW**

Rechtsdurchsetzung – Aktuell im Fokus...

- Übermittlung von **Positivdaten** bei Vertragsschlüssen an Schufa und Co.



- Darstellung der **Kündigungsbuttons** auf den Online-Seiten der Anbieter



- Telekommunikation: Geschwindigkeit von **Breitbandanschlüssen** und Umzug



ise



läufig (+6,2 %)

ptinflationstreiber
ommer 2021 besonders stark
3 %

n Maße intransparent
sektor

